

Saale-Beitung.

Zweihundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen

weder die Spaltenzeit oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet...

Erstlich wöchentlich fünfmal; Sonntag und Montag einmal, sonst zweimal täglich.

Redaktion und Haupt-Verwaltung: Halle, Gr. Sandstraße 17; Nebendruckerei: Markt 24.

Bezugspreis für Halle vierteljährlich bei postmöglicher Anstellung 2,50 M., durch die Post 2,75 M., auswärts Postgebühren...

Nr. 37.

Halle a. S., Donnerstag, den 23. Januar

1908.

Frankreich und die Trennung von Kirche und Staat.

Von Professor A. Desbours, Inspecteur Général honoraire de l'Instruction Publique in Paris.

Das Konkordat würde sicher noch fortauern, wenn der französische Klerus seit 1870 nicht darauf eingeschoren zu sein hätte, sich die französische Nation durch fortwährende Feindseligkeit gegen ihre politischen Wünsche zu entfremden.

Zu Beginn der Periode, die man die „Zeit der moralischen Ordnung“ nennt, hält die Kirche in Frankreich die Macht in Händen, sie gebietet der Regierung und hat in der Nationalversammlung die Vorherrschafft. Gewiß konnte die Kirche Herrscherin bleiben, und doch hört sie bald auf, es zu sein.

Wenn die Republik es damals gewollt hätte, würde sie gewiß nichts gehindert haben, die Trennung von Staat und Kirche durchzuführen. Aber der Konkordatsklerikalismus ist noch so stark, daß sie weiter das Gesetz Bonapartes aufrecht erhält und sich lange damit begnügt, einige lokale Säkularisationsmaßregeln zu treffen.

Wid nach dem Nihilismus des Boulangerismus die abermals streitige Republik sich endlich rächen? Reineswegs. Als auf eine Weisung des Papstes (Enzzyklika „Rerum novarum“) nach dem Aufsehen erregenden Trinkspruch Lavergies eine gewisse Anzahl von Priestern erklärt, sich der Republik anzuschließen, und von „sozialem Katholizismus“ redet, lassen sich alte Republikaner wie Spuller, Méline u. a. rasch von diesem Entgegenkommen verführen.

In übrigen steht die Trennung noch nicht auf der Tagesordnung. Waldeck-Roussau während der ganzen Dauer seines Ministeriums, und selbst Combes zu Anfang des letzten Jahres, nichts davon wissen zu wollen.

man könne sich ihm gegenüber noch manche Kühnheit erlauben. Daher die unflugs Proklamationen Bius' X. und von Merry del Val, die das republikanische Frankreich außer sich brachten. Es entzog schließlich der Geistlichkeit die Vorteile und Privilegien, deren sie sich nur bediente, um den Staat zu bekämpfen.

In Anbetracht des politischen Regimes, das Frankreich annehmen zu müssen glaubte, und zu dem es die Revolutionsprinzipien notwendigerweise führten, konnte der Bund der Kirche und des Staates, wie das Königtum ihr gestaltete, nur eine „unglückliche Ehe“ sein, die gezwungenermaßen zur Scheidung führte.

Nach diese jetzt ausgesprochene Scheidung als endgültig angesehen werden? Ich für meinen Teil bin davon überzeugt. Daß die Kirche und gewisse ihrer Freunde das Gegenteil glauben, ist möglich. Sie gibt sich da aber nach meiner Auffassung einer schweren Täuschung hin.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

- Oberpostdirektor Wächter in Magdeburg hat seinen Abschied eingereicht. Der Landtagsabgeordnete Kommerzienrat Aronsohn-Bromberg ist wie gemeldet wird, zum Geheimen Kommerzienrat ernannt worden.

Das Urteil im Kölner Petersprozeß.

Das gestern nachmittag gegen 4 1/2 Uhr vom Schöffengericht in Köln verkündete Urteil in der Privatklage Dr. Peters gegen die „Kölnische Zeitung“ lautet gegen den Redakteur Brüggemann auf Grund § 21 Abs. 2 des Preßgesetzes auf Freisprechung. Der Angeklagte v. Bennigsen wurde wegen öffentlicher Beleidigung zu 100 M. Geldstrafe oder 20 Tagen Haft verurteilt.

In der Urteilsbegründung heißt es, daß der Wahrheitsbeweis für die Behauptung, daß Peters in dem Brief an den Bischof Smithies gefehlschlichte Motive für die Streichung des Absatzes und der Jacobia zugelassen habe, nicht gelungen sei. Peters habe im Gegenteil das bestritten. Auf Grund der Behauptung der Zeugen und Sachverständigen kommt das Gericht zu der Ansicht, daß gefehlschlichte Motive bei den Umständen nicht erwiesen seien.

Zu den jüngsten Straßendemonstrationen

erklärt gestern der preussische Justizminister in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses, daß überall da, wo der Tatbestand der Verbrechen des Strafbuches gegeben sei, eingeschritten werden mußte.

Frankzösische Berichte über die Berliner Krawalle.

Frankzösische Blätter bringen folgende Berichte über die letzten Berliner Straßendemonstrationen: Das „Sourcil“ meint: Berlin ist in Aufruhr. Man sieht sich in den Straßen. Die Manifestanten feuern, die Polizei schießt die Menge nieder. „Petit Parisien“, der der französischen Regierung nahesteht, jedoch sehr volkstümlich ist, sagt: Die Berliner, die seit 60 Jahren den Geschmack an Kundgebungen verloren haben, ärgern nicht, die Hauptstraßen singend zu durchziehen und den von oben kommenden Befehlen zu trotzen.

das Reich, während die industrielle Krisis die Arbeiter aufs Miserable wirft, die Lebensmittel teuer macht und die Massen dadurch aufgeregt werden.“

Das Reichsvereinsgesetz.

In der Reichstagskommission zur Vorbereitung des Vereinsgesetzes wurde gestern die Debatte über den grundlegenden § 1 zu Ende geführt. Bei der Abstimmung wurden sämtliche Anträge abgelehnt mit Ausnahme des ersten Teiles des Antrages der Freisinnigen. Es wird danach folgende Fassung beschlossene: „Die Vereins- und Versammlungs-freiheit unterliegt nur denjenigen Beschränkungen, welche durch dieses Gesetz vorgeschrieben und zugelassen sind.“

Das Automobil beim Militär.

In der Budgetkommission des Reichstages erklärte gestern Kriegsminister v. Einem bei der Beratung des Etats des Reichsarmes zu Kapitel 39 (Festungen, Ingenieure, Pioniere und Bereschrammen) Tit. 18 (Beschaffung, Anlagen und Versuche auf verkehrstechnischen Gebieten), er sei überzeugt, daß die Absichten der Verwaltung, betreffend Beschaffung und Berechtigung von Kraftfahrzeugen sich zu einem großen Nutzen für die Industrie und das ganze Land gestalten werden. Die gewünschte Denkschrift stellte der Minister für das nächste Jahr in Aussicht.

Die Preisberichte von Gerichtsvorstandungen.

In der Budgetkommission des preussischen Abgeordnetenhauses wurde von mehreren Seiten bemängelt, daß bei Ausschluß der Öffentlichkeit die Presse zugelassen werde, was unsozial sei, als die Preisberichte in jedes Haus hinein gelangen. Der Justizminister antwortete, die Entscheidung über den Ausschluß der Öffentlichkeit stehe in allen Fällen bei den Gerichten. Es seien aber erneute Anweisungen an die Staatsanwaltschaften ergangen, bei sexuellen Fragen in der Regel auf Ausschluß der Öffentlichkeit durch bezügliche Anträge hinzuwirken.

Von einem Canossagange Bülow's

wird zur Zeit in südbayerischen Zentrumsblättern gefabelt. Nach einer Notiz eines Wiener Blattes, der „Zeit“, die man mit Behagen weitergibt, soll Fürst Bülow bei Fischen von Hertling haben anfragen lassen, was für Steuererhöhlungen das Zentrum machen wolle. Das Zentrum habe diese Anfrage brüsk zurückgewiesen und dem Reichsanwalt ein Verles gegeben, das eine großen politischen und moralischen Niederlage, einem völlig mißlungenen Rückzug moralischen Niederlage, gleichkomme. Ammerling sieht man, daß es das Zentrum gar nicht mehr erwarten kann, gerufen zu werden. Es ist auch ganz sicherlich gewiß, sich den Wiedertritt ins „Geschäft“ etwas kosten zu lassen. Selbstverständlich erit nach dem Fürst Bülow seinen Abschied erhalten hat. Bezeichnend an dieser „nationalen“ Partei ist eben immer nur das eine, daß es die Schuldigen, die das Reich unter seiner Mitverantwortung und teilweisen Regie gemacht hat, lediglich dann auch zu tilgen bereit ist, wenn die Firma wieder auf den Stand vor dem 13. Dez. 1906 gebracht hat. — Uebrigens bezeichnet die „Germania“ die Meldung der „Zeit“ als erfunden.

Zur Lage im Ruhrgebiet.

In einem zusammenfassenden bemerkenswerten Bericht über den Verlauf von Bergarbeiterverhandlungen im Ruhrgebiet hebt die „Bergarbeiterzeitung“ folgenden Passus durch Fettdruck hervor: „Niemand würde die Meinung vertreten und von der Verammlung kürzlich gutgeheißen, daß der durch die Diktierung des 3. wassaluts gegen die Bergarbeiter vollführte Gewaltakt mit einem sofortigen Streik beantwortet werden mußte.“

Bahnpostwagen.

Die preussische, bairische und württembergische Staatsbahnverwaltung haben vereinbart, in Zukunft die Bahnpostwagen der drei Verwaltungen, die in den durchgehenden Zügen München-Berlin u. Stuttgart-Berlin, wie München-Stuttgart laufen, ohne Rücksicht auf die Angehörigkeit dieser Wagen stets die ganze Strecke durchlaufen zu lassen, ohne wie bisher Umladungen vornehmen zu müssen. Die Wagen sollten, wenn sie zum Beispiel in Berlin ankommen, für die nächste Post nach Südbayern benutzt werden und wieder mit dem nächstfolgenden Zuge zurückgehen. Bis her wurden Bahnpostwagen der bayerischen und württembergischen Verwaltungen in den Zügen zwischen Berlin und München beziehungsweise Stuttgart nicht gefahren, sondern stets in Berlin beheimatete Wagen. Wie verlautet, beschließt

*) Bezt. Nr. 35 der „Saale-Zeitung“.

Wg. Württemberg mit der preußischen Verwaltung ins Einvernehmen zu treten, um in Zukunft im Bagen- und Lokomotivbau einheitlich vorzugehen. — In diesen Vereinbarungen hat man also die Anfänge einer deutschen Betriebsmittelgenossenschaft des rollenden Materials zu sehen. Einer Weiterbildung der Angelegenheit stehen noch der Widerstand Barners und die Meinungsverschiedenheiten der Verwaltungen über den Abrechnungsmodus entgegen.

Allgemeine Mitteilungen.

Dem Reichstage ist gestern die amtliche Denkschrift betreffend die Entscheidung des Reichsausschusses gebietet in der Zeit von Oktober 1906 bis Oktober 1907 auszugehen.

Laut „Reichster Volkszeitung“ ist Vater Ernst Schmitz, der Direktor des Priesterseminars in Kunkel auf Madrau, zum Nachfolger des verstorbenen Vaters Schmidt in Jerusalem auszuweisen.

Der Verband sächsischer Industrieller beschloß ein Vorgehen gegen die Lieferungsbedingungen der Kohlenfonditate.

See- und Flotte.

Kaiserliche Marine „Fürst Bismarck“ mit dem Chef des Kreuzerschwadrons und „Nixe“ sind am 20. Januar in Bangot eingetroffen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 22. Januar.

Die Abwehrmaßnahmen der Polizei haben ihre Wirkung nicht verfehlt; wenigstens in der näheren Umgebung des Reichstages fanden heute vormittag Menschenansammlungen nicht statt, und jeder, der im Besitz einer Karte war, konnte ohne große Hemmnisse passieren. Die Kontrolle wurde allerdings sowohl auf der Straße von den Schutzleuten, wie im Parlament selbst von den Beamten des Hauses scharf gehandhabt, auch den Abgeordneten gegenüber. Daher erklärt es sich wohl auch, daß von Beginn der Sitzung auf der Journalistentrübne zwar Ueberfallung versuchte, die anderen Tribünen aber noch manden unbelegten Platz aufwies. Unter den Anwesenden herrschte die größte Spannung, da niemand genau wußte, ob der Reichsanstalt erscheinen würde. Doch wenige Minuten nach 12 Uhr betrat Fürst v. Bismarck den Saal, und gleich darauf eröffnete der Präsident die Sitzung, die gleich von Anfang an einen sehr bewegten Verlauf nahm. Die kurze Rede, die der Reichsanstalt hielt, wurde dauernd von sühmlichen Kundgebungen des Beifalls und des Widerspruches begleitet.

Über den Verlauf der Sitzung erhalten wir folgenden Bericht: Auf der Tagesordnung steht die folgende sozialdemokratische Interpellation:

1. Aus welchen Gründen hat der Herr Reichsanstalt in der Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses vom 10. Januar die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf einen Bundesstaat als dem Staatswohl nicht entsprechend bezeichnet; und

2. Willigt der Herr Reichsanstalt, daß aus Anlaß der am 12. Januar in Berlin zur Propaganda dieses Reichstagswahlrechts einberufenen sozialdemokratischen Volksversammlungen, zum Zweck etwaigen Eingreifens Militärs in den Kassen konfigniert war?

Auf die Frage des Präsidenten, ob die Regierung die Interpellation beantworten würde, versetzt

Reichsanstalt Fürst v. Bismarck

folgende Erklärung:

„Ich habe folgendes zu erklären zu 1 der Interpellation: Ich lehne es ab, auf die Verhandlungen über das Landtagswahlrecht in Preußen einzugehen (Brauo! rechts), da dieser Gegenstand eine zur Zuständigkeit der gesetzgebenden Organe Preußens gehörende innere Angelegenheit des preussischen Staates darstellt. (Sehr richtig! rechts.)

Zu 2 der Interpellation: Auf Grund landesrechtlicher Befugnisse sind von der Berliner Polizei diejenigen Maßnahmen ergriffen worden, welche erforderlich waren, um Ausreitungen auf der Straße abzumehren. Insofern Truppenteile in den Kassen zusammengeschlossen worden sind, ist dies in der Uebung der militärischen Kommandogewalt geschehen, um jeder Anforderung zum Schutz der gesetzlichen Ordnung ohne Verzug genügen zu können. (Brauo! rechts.) Ich muß hiernach die Beantwortung der Interpellation ablehnen.

Der Redner legt das Manuskript bei Seite und fährt dann frei sprechend fort:

„Es ist hier gestern von neuem zu Zusammenstößen einer demonstrierenden Menge und der Polizei gekommen. Dabei mußte wieder von der Waife Gebrauch gemacht werden. (Zurufe b. d. Soz.) Muße? Muße? Muße? Keine! Keine! Keine! Stürmische Zurufe bei den Soz. Präsident Graf Stolberg schwingt die Glocke. Gegenüber diesen Vorgängen habe ich das Bedürfnis, von dieser Stelle aus, unabhängig von der vorliegenden Interpellation, als Reichsanstalt

ein Wort erster Mahnung in das Land

hinauszulanden. (Zurufe b. d. Soz.) Besser an die Polizei! Lauter Zur rechts! Ruhe! Gr. Heiterkeit b. d. Soz.) Es ist nicht deutsche Art, die Politik auf die Straße zu tragen. (Sehr richtig! rechts.) Die Parteien bedürfen nicht der Straßenumulte, um ihre Stimme vernehmen zu lassen. Die Straße gehört dem freien Verkehr. (Stürmische Unterbrechungen b. d. Soz., Rufo: Auch am Abend des Wahltages!) Das Gesetz der öffentlichen Ordnung als das höhere anzuerkennen und zu achten, ist jeder Bürger verpflichtet. (Stimm. Unterbrechungen b. d. Soz., Rufo: Auch die Polizei!) Dem Geleze Achtung zu verschaffen, und wenn es sein muß, zu erzwingen (Brauo! rechts) ist wie die Befugnis, so auch die Pflicht der Behörden. (Sehr maß! rechts.) Jeder Versuch, die öffentliche Ordnung zu stören, muß und wird zurückgewiesen werden. (Erneutes Brauo! rechts.) Wir werden nicht dulden, daß Agitatoren die Herrschaft über die Straße in Anspruch nehmen; es wäre ein verhängnisvoller Irrtum zu glauben, daß

Demonstrationen einer erzielten Masse

(Zurufe bei den Soz.) einer pflichterfüllten Regierung irgend etwas abtrotzen könnten. (Lebh. Brauo! rechts.) Das wird in Deutschland nie und nimmer der Fall sein. (Stürmische Zurufe bei den Soz.: Abwarten, abwarten!) Ich habe die Zuerst, daß

alle bürgerlichen Parteien einmütlich

setzt werden in der Vertretung und Zurückweisung dieses gefährlichen Unflugs. (Brauo! rechts.) Die sozialdemokratische Partei hat mit den Demonstrationen vom 12. Januar eine abschlägige Bahn beschritten. (Zurufe bei den Soz.) Ich warne sie, diese Bahn weiter zu verfolgen, und ich richte namentlich auf die Arbeiterbevölkerung die erste und aus einem wohlmeinenden Herzen (lautes Rufen bei den Soz., Sehr richtig! rechts) kommende

Mahnung — wir meinen es viel besser mit den Arbeitern wie Sie (Lebhafter Beifall, Erneutes Rufen bei den Sozialdemokraten) — sich nicht vom Wege des Gesetzes und der Ordnung abdrängen zu lassen und nicht für Parteifanatismus und Hege die eigene Haut zu Marke zu tragen. (Stürmisches Sehr gut! rechts.) Die Verantwortung für die Folgen würde nicht die Regierung, würde nicht die Behörden treffen, sondern die Anführer und Führer selbst. (Erneutes stürmisches Bravo! rechts.)

Abg. Singer beantragt zur Geschäftsordnung, da nach der Geschäftsordnung auch an die Ablehnung der Beantwortung einer Interpellation eine Beratung geknüpft werden kann, wie diese

Präsident Graf Stolberg: Dieser Antrag bedarf der Unterstützung von fünfzig Mitgliedern. Es erheben sich die Sozialdemokraten, die Freirennigen und das Zentrum. (Ausrufe rechts.)

Die Beantwortung ist befristet.

(Der Reichsanstalt versetzt mit den übrigen Ministern und den Bundesratsmitgliedern den Saal.)

Die Rede erregt Abg. Fisher (Soz.) das Wort zur Beantwortung der Interpellation. Der Reichsanstalt lehnte die Beantwortung der Interpellation ab, weil es sich um eine preussische Angelegenheit handelte; die Interpellation geht aber gar nicht auf die formale Frage ein, sondern fragt, ob der Kanzler es „billigt“. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Reichsanstalt sagte weiter, die Vorgänge hätten sich gestern wiederholt. Wie haben sich denn gestern die Vorgänge entwickelt: Es haben 14 Arbeiterlokentveranstaltungen stattgefunden, die in voller Ruhe verliefen sind. Später haben Anstellungen einiger hundert Arbeiterloker stattgefunden, gegen welche die Polizei in ganz unentschuldeter Weise eingeschritten ist. (Unruhe rechts.) Wollen Sie vielleicht auch die Vorgänge im Gemerkschaftsraum der Metallarbeiter entschuldigen? Dorthin kommen Arbeiterloker, denen eine Unterdrückung zum Verbann ausgesetzt wird, und

in dieses Saal drang die Polizei ein, trieb die Arbeiterloker fort und mißhandelte und verhaftete sogar die Beamten des Verbandes. (Lebh. Hört, hört! b. d. Soz.) Sie sagen, die Straße gehört dem freien Verkehr! (Lebh. Sehr richtig! rechts.) Wer hat denn die Polizei auf die Straße getragen? Der Reichsanstalt war es, der in mittlernachtiger Stunde eine Ansprache an die auf der Straße Angammelten gehalten hat, und ebenso der deutsche Kaiser am 25. Januar vorigen Jahres. Heuchelei ist es also, den Arbeitern vorzuwerfen, sie tragen die Polizei auf die Straße.

Präsident Graf Stolberg: Sie dürfen dem Reichsanstalt nicht Heuchelei vorwerfen, ich rufe Sie zur Ordnung.

Abg. Fisher (fortfahrend): Fürst Bismarck hat im preussischen Abgeordnetenhaus das Reichstagswahlrecht ausdrücklich und jedenfalls mit Abticht als dem Staatswohl nicht entsprechend bezeichnet. Bisher hätte man es wohl für unmöglich gehalten, daß der erste Beamte des Reiches eine grundlegende Einrichtung des Reiches als mit dem Staatswohl nicht vereinbar erklärte. (Lebh. Zustimmung. links.) Wir wissen ja, daß die Herren rechts abgelegte Feinde des Reichstagswahlrechts sind. Für alle diese Feinde des Reichstagswahlrechts muß dies ein Anzeichen zur Agitation gegen das Reichstagswahlrecht sein, um so mehr hätte er Anlaß, bei der Gründe einer Stellung zum Reichstagswahlrecht hier Aufschluß zu geben. In einem Richter- und Juristenrat soll jeder Staatsbürger gleiches Recht haben; von einem auf den Höhen bürgerlicher Kultur wandelnden Staatsmann sollte man erwarten, daß er der Bannträger des Reichstagswahlrechts für alle Einzelstaaten sein müßte. Durch die Erklärung des Fürsten Bismarck ist der

Gegenstand zwischen Nord und Süd in Deutschland

erheblich verschärfert worden. Ich möchte wohl wissen, was die Vertreter der süddeutschen Staaten, die das allgemeine gleiche direkte und geheime Wahlrecht eingeführt haben, zu dem Ausdruck des Reichsanstalters gesagt haben, das Wahlrecht entspräche nicht dem Staatswohl. Und diese Weigerung fiel bei der Verteidigung des preussischen Dreiklassenwahlrechts, von dem Fürst Bismarck erklärte: Wer seine Wirkungen in der Nähe betrachtet sonnte und die Konstellation, die es im Lande schafft, muß sagen, ein elenderes, widerständigeres Wahlsystem ist niemals in einem Staate ausgeübt worden. Wenn Fürst Bismarck diesem Wahlrecht den Vorzug gibt vor dem Wahlrecht zum Reichstage im Interesse des Staatswohls, so läßt das einen Schluß zu auf seinen Begriff von Staatswohl. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Hier hat Fürst Bismarck das Geheimnis der Wahl für so notwendig erklärt, daß er zur größeren Siderung die Wahlzelle einführte, in Preußen erklärte er sich gegen die geheime Abstimmung. Die Zunter haben bereits 1861 ein geheimes Zirkular erlassen, ihren gesellschaftlichen und ihren wirtschaftlichen Einfluß durch

Vorhofft von Kaufleuten

zugunsten konservativer Wahlen geltend zu machen. Sie tun daselbe auch heute, und wir verdrüten uns von ihnen das Jeteren über sozialdemokratischen Terrorismus. (Lebhafter Zustimmung bei den Soz.) Wir mehren uns gegen Anbitt und Gewalt, Sie (nach rechts) haben nichts zu Ihrer Entschuldigung. Sie handeln lediglich in brutalem Mißbrauch Ihrer Macht. (Lebhafter Zustimmung bei den Sozialdemokraten, Unruhe rechts.) Vergleichen Sie die Worte des künftigen bayerischen Königs für das geheime Wahlrecht mit den Worten des deutschen Reichsanstalters und des preussischen Ministerpräsidenten. Wenn die bayerischen Freirennigen diesem Reichsanstalt als einem liberalen Manne noch immer die Hofmann rufen, so werden sie von ihren eigenen Wählern die Antwort erhalten. Ein großer politischer Moment zeigt ein so schwaches und schwächliches Geschick wie die Freirennigen, und ich haben nicht einmal die Entschuldigung für sich, daß sie von der Erklärung des Ministerpräsidenten überrollt worden sind. Sie haben schon am Abend vorher die Erklärung zur Kenntnis erhalten. (Stürmisches Hört, hört! bei den Soz.) Sie stehen jetzt vor der Frage der politischen Weiterentwicklung als selbständiger Partei. Sie befinden sich in der Rolle eines Mannes, der sein ganzes Geschick und seine ganze Reputation ruiniert hat. Schon in Ihren eigenen Anhängerzeilen und in Ihren eigenen Worten arbeitet man nicht mehr mit. Die „Freirennige Zeitung“ unterschlägt und unterdrückt ja allerdings alle Heußerungen. (Zurufe bei den Press.) Auch das Zentrum hat eine sehr zweibeutige Haltung eingenommen. Als Sozialdemokrat müßte es mich freuen, daß sich keine andere Partei dazu bereit findet, den Arbeitern das Wahlrecht in Preußen zu erkämpfen. Ich spreche aber nicht vom Parteifanatismus, sondern vom Standpunkt der gesamten Arbeiterklasse. Wir sind

Bereit, jede Hilfe entgegenzunehmen, sie muß bloß ernst gemeint sein. Fisher erklärt jetzt, nach einhelligem Einverständnis: Ich bin nun mit dem ersten Teil meiner Rede fertig. (Rufe des Entsetzens und Gelächers.) Fisher spricht jetzt über die Streikdemonstrationen. Was bleibt den von Wahlrecht Ausschließenden übrig als diese Propaganda? Selbst Kraumann hat das gefragt. Wenn die Streikdemonstration mißfällt, der werde sich gegen die Schüler des jehigen Wahlrechts. (Heißer ruf: Ach, das Berliner Tageblatt!) Daß Sie mit dem

Berliner Tageblatt nicht zufrieden sind, Herr Heßler, das glaube ich schon. Wo es photographiert wird, wie Sie im Berliner Tageblatt, der schimpft immer darüber. (Große Heiterkeit.) Wer ein Wort über sich selbst, das ihm nicht gefällt, der schimpft auf den Kaiser. (Heiterkeit.) Gerade das Berliner Tageblatt hat sich eigene Parteigenossen aber, Herr Heßler, erklären, die Gesellen seien von der Polizei gerabezu provoziert worden. (Lebhafter Hört, hört! bei den Soz.) Der Kaiser wollte ja

mehr Voll

sehen; er brauchte bloß die Schutzmannschaften um das Schloß aufzuheben. Am 26. Januar hat er das tafnolle und angemessene Verhalten der Schutzmannschaft gelobt. Wir schrieben uns keinem damaligen Dant voll und ganz an. Damals ist die Polizei von der Straße fern geblieben, hat die Versammlungsteilnehmer ganz ruhig nach Hause gehen lassen. Der Redner zitiert die Schilderung eines Augenzeugen aus dem Berliner Tageblatt. So gut wie die Antifemiten und sonstigen Patrioten die „Wacht am Rhein“ und „Deutschland, Deutschland über alles“ singen dürfen, so gut dürfen die Arbeiter die Arbeitermariechallsen singen. Schiffs sollen gefallen sein, aber solange die Polizei mit nicht ermittelt, wer den Schutz abgegeben hat, frage ich: cui bono? — Unter Hört! Hört! Rufen der Sozialdemokraten beruhigt Fisher von Lodpriesen. Ein solchen Manne, der am lauteften singend durch die Friedrichstraße zog, haben die Arbeiter eine Acht auf den Rücken gemalt, um ihn als

Achtgroßungen

genummelt. Ein anderer ist unter die Säbel der Schutzleute gekommen. Andererseits sind politische Streikdemonstrationen allgemein bekannt. Wir wollen das Risiko auf uns nehmen, diese Streikdemonstrationen auch in Zukunft zu betreiben. (Lebhafter Hört! Hört!) Das ist eine Frage der politischen Bildung. Wenn wir diese Streikdemonstrationen noch nicht haben, so ist das ein Beweis der Rückständigkeit Deutschlands. In Österreich haben die Arbeiter sich durch die friedlichen Demonstrationen das allgemeine Wahlrecht erobert. Ich mag von der Regierung so schießlich denken wie nur möglich, ich würde aber nie glauben, daß ein preussischer Ministerpräsident das Verbrechen begehen könnte, auf

Harmlose auf der Straße marschierende Arbeiter

sehen zu lassen. Das ist nur noch im Ausland möglich. Wenn die Regierung die Demonstrationen nicht will, so mag sie den Willen des Volkes erfüllen. (Beifall bei den Soz.) In seinem Einvernehmen hat Bismarck die deutsche Arbeiterpolitik die intelligenteste der Welt genannt. Warum verfolgt er ihnen das Wahlrecht, das die bayerischen, schiffschen und badischen Arbeiter besitzen? Wir lassen uns die bisherigen Zustände nicht mehr länger gefallen, machen Sie, was Sie wollen! Die Klugheit und die Selbsterhaltung der Regierung und der Zunter müßten zu einer anderen Politik führen, damit die Arbeiter nicht mehr als Heloten im preussischen Staate zu gelten haben. Das preussische Volk, die preussischen Arbeiter, werden von ihrem Kampf nicht ablassen, bis sie ihr Recht bekommen. (Lebh. Beifall bei den Soz. Hissen rechts.)

Präsident Graf Stolberg ruft nachträglich den Redner zur Ordnung wegen eines von ihm gebrauchten Ausdrucks: Politischinimale!

Abg. Kretsch (konf.) erklärt, seine Partei lehne es ab, auf die preussische Wahlrechtsfrage hier einzugehen. Die Interpellation sei ja aber doch nur für die ängstliche Linke ein Rahmen gewesen, um ihrem Mißgehagen darüber Ausdruck zu geben, daß die sozialdemokratischen Wahlrechtforderungen ins Wasser gefallen seien. Die Interpellation hätten gar nicht das Recht, den Reichsanstalt hier gegen seiner Erklärung im Abgeordnetenhause zur Verantwortung zu ziehen, es sei das eine

fruchtlos bloße Conspirationen.

Siermitt sei für ihn Frage 1 der Interpellation abgetan. Was Frage 2, die Demonstrationen, anlangt, so seien ihm die antisemitischen Benudungen Fishers aufgefallen. Um so mehr, als dem „Ausbruch der fahenden Volkseele“ (Heiterkeit) in Berlin und Umgegend hauptsächlich durch Redner mit jüdischem Namen: Fink, Pfanne, usw. Worte gegeben worden seien. (Auf Hissen: Kretsch ist auch jüdisch! Stürmische Heiterkeit, die sich erneut, als Redner fortfährt.) Für diese Ehre muß ich in aller Gerechtigkeit danken! Der Interpellant hat auf die Demonstration der Handlungsgehilfen hingewiesen am 25. Januar und 10. Februar 1907. Er überläßt da den Hintergedanken der Genung. (Lebhafter Rufe links: Brau also!) Ja, bei Ihnen handelte es sich darum, ein Recht auf die Straße zu erzwingen, — damals dagegen handelte es sich um D o n a t i o n e n, und diese werden wohl niemand in der Nachrede gerührt haben! Am 17. Januar ist sogar ein Schutz auf die Polizei gefallen. Ebenso gestern. Ich müßte Sie doch vor der Auffassung warnen, als gehe es an, hier ebenjo wie in Preußen Schutzleute, die ihren Dienst tun, auszubehngen! Unter Beifall u. Heiterkeit der Rechten hält Redner dann die „Züföhren“ vor, — natürlich denen außerhalb des Hauses“ (Stürmische Heiterkeit), wie sie bei solchen gefährlichen Anlässen ihre abschlägige demagogische Kraft mit dem Mute der Wirklichkeit, fern hielten. (Widerspruch links. Zurufe Stadthagens.) Herr Stadthagen, ich habe Ihnen schon oft gesagt, daß ich Beschimpfungen von Ihrer Seite für eine Auszeichnung halte. Eine Ausnahme bildete

Genosse Bedebour, „an der einfachen Pappet“.

(Stürmische Heiterkeit.) Seine Rede ist wohl natürlich mit Hoßes auf die Sozialdemokratie. (Auf Hissen: Hoch! Uebermalige große Heiterkeit.) Dann jagte die Genossen ab mit dem Rufo: ave solo Obergens, mortuori te salutant! (Schallendes Rufen.) Dann gab es einige blutige Rufe und eine furchtbare Plamagel. Wenn

Weiber und Kinder voranzuhlen

(Stürmischer Ausbruch der Entrüstung bei den Soz. Rufo: Gemeinheit, Polizei-Ruß! Sinnruer von der Tribüne! Bewegliches Einschreiten des Vizepräsidenten Kampff mit dem. Der Arm dauert minutenlang.) Endlich schickte Redner damit, er habe das Vertrauen, daß wenn die Demonstrationen fortbauern sollten, die preussischen Behörden unbetrört vorgehen würden. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Graf Bonapfel (Str.): Der Ausschluß eines Teils der Bevölkerung vom Wahlrecht ist dem Staatswohl nicht möglich, sondern schädlich. Das Zentrum im Reichstag steht wenigstens auf dem Boden des allgemeinen, direkten und geheimen Wahlrechts.

Abg. Bassermann (nt.): An dem Reichstagswahlrecht hält unsere Partei unbedingt fest. An diesem Grundprinzip des Reichs lassen wir nicht rütteln. Wir lehnen es ab, über die Ausgestaltung des preussischen Wahlrechts hier zu debattieren. (Zurufe bei den Soz.) Das ist Landesache. Die nationalliberale Landtagsaktion hat die Reformbedürftigkeit des preussischen Wahlrechts betont. Die süddeutschen Staaten haben sich gegen die Einschränkung in der Wenderung ihres Wahlrechts scharf vermahnt; was ihnen recht ist, muß den Preußen billig sein. Wassermann verweist auf die Gefahr von Streikdemonstrationen, wof sich in ihnen auch der Janbelge beteiligt. Die Sozialdemokraten sind sich über diese Gefahr durchaus im Klaren; kommt es zu

wegen, so fragen sie die Verantwortung, sie, die durch das fortgesetzte Brechen des Klassenbundes die Menge in eine Elendschicht bringen. Die Polizei kommt ja gar nicht mehr aus dem Land. Die Polizei hätte geradezu unerwartend leicht gehandelt. Die Konstitution des Militärs ist die humanste Maßnahme, die man sich denken kann. Wir bitten die Erklärung des Reichstanzlers und wünschen, daß auch in Zukunft mit aller Energie die Ordnung aufrecht erhalten wird. (Stürmischer Beifall.)

Hg. Träger (fr. Sp.): Man will Unterschiede unter uns konstruieren in Bezug auf größere und geringere Entschiedenheit in der Vertretung unserer Forderungen. Allen diesen Verlusten steht jede tatsächliche Unterlage. Fühlsch hat keine Rede damals mit der Erklärung begonnen, daß er alles unterzeichnete, was ich ausgeführt habe, und daß das von der ganzen Fraktion geteilt werde. Herr Fühlsch hat mit einiger Uebertreibung meinem Freunde Fühlsch vorgeworfen, er habe Erreuliches in der Erklärung des Reichstanzlers gefunden. Das ist nicht richtig. Die Erklärung des Reichstanzlers zwischen dem Reichspräsidenten und den konstitutionellen Räten ist. Aber er hat im ganzen kein Urteil damit abgefragt, daß obolot nichts Erreuliches in der ganzen Affäre zu finden ist. Genao hat mein Freund Wiemer in seiner preussischen Etatsrede vollkommen seine Mißbilligung der Erklärung des Reichstanzlers ausgesprochen. Ich kann also nochmals versichern, daß wir alle noch wie vor ohne Unterschied für die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen eintraten, weil wir der Meinung sind, daß dieses Wahlrecht das einzig gerechte ist (Beifall), und weil wir mit dem großen Kaiser von Oesterreich, der in seinem viel komplizierteren Staate das allgemeine Wahlrecht einführt, meinen, daß es unermüdlich und unaufhörlich ist. (Beifall links.) Das preussische Wahlrecht wird Ihnen ja allen hinreichend bekannt sein; es gehört eine ungeheure Willensfrucht dazu, seine Mängel nicht sehen zu wollen. (Heiterkeit.) Schon 1849, als es angenommen wurde, war es reaktionär, aber es entsprach doch immerhin in gewisser Beziehung den damaligen Verhältnissen. Seitdem ist eine vollständige Umwälzung der verfassungsmäßigen Seite eingetreten. Mehr und mehr ist das Wahlrecht nach der plutokratischen Seite ausgebaut und das in Verbindung mit einer längst veralteten Wahlrechtsbestimmung, die eine Verifikation unter den Wählern herangezogen hat, die jeder Beschreibung fähig ist. (Sehr wahr! links.) Aber es kommt noch etwas anderes, und hierin nähern wir uns der Zukunft, die ich Ihnen beschreiben möchte. Seit wann haben denn die Klagen, die Bestrebungen gegen das preussische Wahlrecht an Stärke zugenommen? Seit Preußen ein Bestandteil des Deutschen Reiches geworden und leitend in Deutschland ein anderes, geradezu entgegengesetztes Wahlrecht eingeführt ist. Es geht doch nicht an, daß die Fundamente der einzelnen Teile und das Ganze völlig zerfallen. (Sehr richtig! links.) Und zu den Fundamenten eines Verfassungsstaates gehört doch unter allen Umständen in erster Reihe mit dem Wahlrecht. (Schloße Zustimmung links.) Die Homogenität und die Gleichheit ist doch hier eine Grundbedingung. Wie häufig erleben wir es, daß in den Einzelstaaten die Gesetzgebung in dem Sinne angestrebte werden, in dem sie im Reichstag gegeben wird. (Sehr richtig!) Wie häufig müssen wir uns deshalb hier im Reichstag mit Dingen beschäftigen, die in den Landtagen gehören! Die Verfassung, die ich im Februar 1906 bei meinem Diätenantrag ausprücht, daß eine Mainlinie des Wahlrechts zwischen Nord- und Süddeutschland errichtet werden würde, ist inzwischen eingetreten, leitend auch Oldenburg des gleiche Wahlrecht hat. Wir haben hier oft eine Verfassung für Mecklenburg gefordert, und kein Mensch hat darin eine Durchführung der Zukunft gesehen. Aus allen diesen Ermüdungen sind wir Vorläufer des Reichstagswahlrechts in Preußen. Beim Reichstanzler, der sich uns als moderner Staatsmann vorgebildet hat, glauben wir auf einiges Entgegenkommen rechnen zu dürfen. So hoffnungslos waren wir nicht, daß wir glaubten, der Reichstanzler würde auf unsere Anfrage antworten: W. S. morgen wird das allgemeine, gleiche, direkte, geheime Wahlrecht eingeführt! (Heiterkeit.) Aber hinter unseren berechtigten Erwartungen blieb die Erklärung des Reichstanzlers weit zurück. (Sehr wahr! links.) Der Reichstanzler ist ein Mann von Bessermut. Er versteht es außerordentlich, verheißungsvolle Perspektiven zu malen. (Heiterkeit.) Von allem nicht die Rede! Nicht ein einziges verheißendes Wort! (Große Heiterkeit.) Das war doch etwas wenig. Nun gibt es ja Leute, die ihre Hoffnungen nicht begraben wollen und an diesen Hieroglyphen herumklopfen. (Heiterkeit und Hört! Hört!) Aber sie haben sich überzeugen müssen, daß sie an dem harten Gestein nichts ausrichten können. Von den Arbeiten für die Vervollständigung des Wahlrechts, mit denen die preussische Regierung sich angeblich beschäftigt, haben wir bis jetzt noch nichts gemerkt; es ist auch nicht gesagt, wann diese Arbeiten abgeschlossen sein werden. Schon 1849 hieß es: das öffentliche Wahlrecht entspricht dem deutschen Reich, dem deutschen Mannesmut; aber wo der Hunger anfängt, hört der Mannesmut auf! (Schloße Zustimmung links.) Der Reichstanzler hat hier ein Gesetz verkündet durch welches das Wahlrecht als mehr gekürzt wurde; ich kann doch nicht annehmen, daß es als Ministerpräsident auf die Anhörung verzichtet hat. Aber das Bedenkliche ist seine Erklärung, daß die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen dem Staatswohl nicht entspricht. Die Interpellationen haben sehr richtig den Punkt herausgefunden, an welchen einzusetzen ist. Es muß doch die Divergenz in unseren Meinungen beseitigt werden und wir müssen zu dem Punkt kommen, wie wir die Interpellation in sich gehen nicht will — so könnte man allerdings in diese Erklärung eine Gefährdung des Reichstagswahlrechts erblicken. Ich bin der Meinung, daß vorläufig dem Reichstagswahlrecht irgend eine Gefahr nicht droht, denn alle Parteien, alle diejenigen, die bisher Vorbehalte machten, haben immer erklärt, daß an der Abschaffung des allgemeinen Wahlrechts im Reichstag kein Mensch denkt. Aber das Verhalten des Reichstanzlers in Preußen muß doch außerordentlich befremden. Erklärt mir, Graf Derindur, diesen Mißstand der Natur! Man sagt, Deutschland hat die allgemeine Wehrpflicht; aber der Preusse unterliegt doch als Deutscher dieser auch. Man spricht von den indirekten Steuern, aber es sind doch nicht zwei verschiedene Klassen der Bevölkerung in Preußen und in Deutschland. Trotz des Verhaltens des Reichstanzlers werden wir an unserer Forderung festhalten. Sa sagt man, aber die Sozialdemokratie, die würde in den Landtagen einstimmen. Das ist kein Grund; im Gegenteil ist es istional und richtig, eine große Partei gewaltsam von der Volksvertretung auszuschließen. (Zustimmung links.) Nicht und Zweck des Parlamentes und der Wähler ist es doch, der Regierung ein möglichst genaues Bild von dem im Lande herrschenden Zuständen und Strömungen zu geben (Sehr richtig), und insbesondere die große Partei darin stellt. Es das Bild unvollständig. Aus der gemeinsamen Arbeit entsteht ja auch schließlich die Mitverantwortung. Es ist jedenfalls nicht besser den Herren die Tür zum Parlament zu öffnen, als sie ihnen vor der Nase zumachen und sie draußen auf der Straße demontrieren zu lassen. Und ich bin ein Gegner dieser Demonstrationen. Als im Februar 1906 Herr Bernheim sie als ein wirksames und

erlaubtes Mittel bezeichnete, erwiderte ich ihm: die ganze Frage ist keine Prinzipienfrage, sondern eine Maßfrage. Sie wollen doch, meine Herren Sozialdemokraten, nicht nur demonstrieren, sondern Sie wollen das Wahlrecht doch einführen. Sie wollen doch so viel wie möglich Anhänger für das Wahlrecht werben. Aber dies ist ein Mittel, Anhänger zu verschaffen. (Schloße Zustimmung.)

Derartige großen Fragen sind überhaupt keine Personenfragen. (Sehr richtig!) Ihre Lösung hängt nicht von einzelnen Personen ab, sondern von dem gesamten Willen des Volkes und den Verhältnissen, und es gibt Verhältnisse, die mächtiger sind als Personen. Ich hoffe, daß die Zeit nicht mehr fern ist, wo die Regierungen — auch die preussische — in der Gewährung des allgemeinen Wahlrechts ein wichtiges, vielleicht das beste Mittel zur Befestigung ihrer Herrschaft erblicken werden. (Beifall, Beifall links.)

Hg. Peing zu Hohensolms (Sp.): Wir halten das preussische Wahlrecht nicht für vollkommen, aber einen Eingriff in innere Zustände der Einzelstaaten sehen wir ab. Was Bayern recht ist, ist Preußen billig. Durch Straßen Demonstrationen läßt sich die Volksvertretung nicht durchsetzen. (Beifall.) Unsere Sicherheitsorgane verdienen Dank für ihr muterisches Benehmen. (Beifall.)

Hg. Kalle (wirtsch. Sp.): Ich beginne mit der Erklärung, daß die Interpellation das Ansehen des Reichstages untergrabe, ein verführerischer Karnevalszug sei. (Der Redner muß infolge eines Herzstillstandes abbrechen.)

Hg. Schender (fr. Sp.): Ich halte die Frage der Kompetenz zwischen Reich und Einzelstaaten nicht für so löcherig, wie sie offenbar dem Redner geworden ist. (Heiterkeit.) Sie ist überhaupt nicht so einfach. Wir lassen hier doch seinen Beschluß, wir besprechen eine Angelegenheit, die zweifellos für das Deutsche Reich von großer Wichtigkeit ist. Es kann für das Reich nicht gleichgültig sein, welches Wahlrecht in Preußen ausgedeutet wird. Ich kann in dieser Beziehung denjenigen Gesäßen Ausdruck geben, die der Hg. Träger hier vorgebracht hat. Die preussische Regierung ist feinerrecht selbst nicht eingetreten, daß das allgemeine gleiche Wahlrecht dem Reich gegeben würde, weil sie wollte, daß das Deutsche Volk vorwärts kommt. Bernard sagte ich, wenn wir etwas erreichen wollen, dann müssen wir dem deutschen Volk das allgemeine Wahlrecht geben. Seit dem Erlaß des jetzigen preussischen Wahlrechts sind nun lange Jahre vergangen. Das preussische Volk hat eine große Entwicklung genommen. Es gibt heute in den unteren Klassen Männer, die mindestens ebensolches politisches Verständnis besitzen, wie die der ersten Klasse. Die Beamtenliste wächst ständig, sie ist aber noch nicht in der Lage, ihre Meinung in geordneter Weise zur Geltung zu bringen. Es liegt im Interesse des Staates, daß wir dazu übergehen, ein Wahlrecht zu beschließen, das einen großen Teil unserer Bevölkerung eintrifft. Der preussische Ministerpräsident ist zu gleicher Zeit deutscher Reichstagsführer und der Reichspräsident im preussischen Ministerium Staatssekretär. Preußen ist als eine entscheidende Wirkung auf die Regierung im Deutschen Reich. Ein preussisches Ministerium, das aber mit dem Abgeordnetenhaus nicht leben kann, ist nutzlos, ungenügend. Ich möchte nur kurz die Welt im Reich, und ich möchte von einem Ministerium, das in mehr oder weniger Abhängigkeit von einem Reichstag steht, das in jeder vielen Fällen auf einem ganz anderen Standpunkte steht als wir, und das die Interessen Preußens vertritt und nicht die des Reiches. Die Deutsche und als Preußen haben wir aber ein lebhaftes Interesse daran, daß im preussischen Ministerium zwei gute Seelen wohnen, von denen die preussische immer die Oberhand hat. (Beifall links.) Auch Bismarck hat es erklärt, daß er als Reichstagsführer in Preußen gar nicht zu legen habe. Wir haben ein Interesse daran, daß zwischen diesen beiden Richtungen Klarheit geschaffen wird. Wenn das Abgeordnetenhaus, das auf das preussische Ministerium einwirkt, in derselben Weise zumangelegelt wird, wie der Reichstag, dann ist es möglich, daß beide ungefähr auf demselben Standpunkte stehen, somit ist. Es handelt sich bei der ganzen Frage nicht nur um das Wahlrecht, sondern um eine Kulturfrage. Wir sollten nicht nur der Sozialdemokratie die Ägitation dafür überlassen. Der Reichstanzler sollte sich wirklich die Frage überlegen, ob es geht, die bisherigen Zustände aufrecht zu erhalten. Er wäre ohne Aufgabe gewesen, zu erklären, daß er jetzt vor der Notwendigkeit der Einführung des Reichstagswahlrechts nicht unbedingt ist, daß er aber in ruhiger Arbeit daran gehen wolle, allmählich das bestehende preussische Wahlrecht zu ändern. Das wäre ein Fortschritt gewesen, und den Parteien wäre es überlassen geblieben, weiter für die Frage zu agitieren und für weitere Verbesserung zu sorgen. Es ist Pflicht der Parteien, dafür zu arbeiten, daß die Frage des Wahlrechts in ganz Deutschland erörtert wird, damit wir vorwärts kommen. Die bisherigen Zustände sind auf die Dauer nicht zu halten. Es ist besser, wenn die Regierung freiwillig gibt, was sie auf immer doch nicht verweigern kann. Das Vertrauen zu der Politik des Reichstanzlers ist in weiten Kreisen des Vaterlandes durch sein Verhalten in der Wahlrechtsfrage erschüttert worden. Auch in unserer Vorbildung wurde angerufen, in der schärfsten Weise gegen den Reichstanzler aufzutreten. Es waren ruhige verständige Männer, die das verlangt haben. Die große Mehrheit war gegen ihn und es wurde erklärt, daß es anders werden müßte, daß wir sonst kein Vertrauen zu ihm haben können. (Hört, hört!) Was die Straßen Demonstrationen anlangt, so glaube ich, daß niemand, auch die Sozialdemokraten nicht, daran glauben, daß sie damit einen Umsturz im Volke herbeiführen werden. Auch in anderen Ländern soll durch diese Demonstrationen nur gezeigt werden, daß ein Teil der Bevölkerung für gewisse Dinge ein hohes Interesse hat. Die Polizei hätte nicht einmal ein gutes Auge in den Demonstrationen haben sollen. (Sehr richtig! links.) Müßlich sind Demonstrationen nicht, da unsere Polizei gegen uns nicht auf dem Standpunkte anderer Länder steht, wo man gegen ruhige Demonstrationen nicht weiter einschreift. Darum bin ich ganz damit einverstanden, wenn man vor solchen Demonstrationen warnt, namentlich jetzt in der Zeit der großen Zahl der Arbeitslosen. Ich will mit dem Parteiführer, das das Wahlrecht in Preußen, dessen Vervollständigung die Nationalen verlangen, wenn auch nicht ganz in unserem Sinne, fordern, doch über kurz oder lang eine Verbesserung erzielt. (Beifall, Beifall links.)

Hg. Payer (Wirtsch. Sp.): Ich schließe mich dem herzlichen Wunsch an, daß Herr Kollege Kalle sich recht bald wieder erholen möge. (Beifall, Hg. Beifall.) Durch die Erklärung des Reichstanzlers ist ganz unerwünscht die öffentliche Meinung in Süddeutschland in eine ganz außerordentliche Erregung geraten. (Schloße Zustimmung links.) Ja, in einen Zustand direkter Empörung verlegt worden. (Hört! Hört! links.) Wir Süddeutschen haben das allgemeine Wahlrecht seit Jahren lieb gewonnen und haben die Erklärung gemacht, daß es sich gut mit uns regieren läßt. (Hört! Hört! links.) Es hat überall gut funktioniert und hat nirgends auf Abwege geführt. Darum ist es durchaus begreiflich, daß sich in Süddeutschland eine große Enttäufung über die geradezu beschreitbare Behandlung dieser Angelegenheit durch die preussische Regierung erhoben hat. (Stürmischer Beifall links.) Wir empfinden das, nachdem

wir unser Wahlrecht so lange haben, als einen bitteren Hohn und fragen uns, ob wir denn leichtfertig oder gewissenlos die Einführung des allgemeinen Wahlrechts gehandelt haben. (Schloße Beifall links.) So hätten die preussische Regierung und der Reichstanzler nicht reden sollen, ich bezweifle nicht, weil es so schlimm, als ob man verriet ein Recht über das Reichstagswahlrecht, daß es ausprechen wollen. (Schloße Zustimmung links.) Und erst gar die Ablehnung der geheimen Wahl! Das wird bei uns als ein Stück politischer Moral betrachtet. (Sehr gut! links.) Die beliebte Einrede, daß es sich hierbei nur um preussische Fragen handle, verflucht bei uns nicht. Wir müßten doch blind sein, wenn wir nicht den Zustand der Dinge, die Abhängigkeit der Reichspolitik von dem preussischen Volk erkennen würden. (Sehr richtig! links.) Und wir verlangen, auch hierbei unsere Meinung auszusprechen zu dürfen. Man hätte sich doch viel mehr mit dem Doppelspiel des Ministerpräsidenten und Reichstanzlers befassen müssen, der je nach Belieben zum Nutzen der gegenwärtigen Tagespolitik die eine oder die andere Auslegung gegeben hat. (Sehr richtig! rechts.) Das Interesse der Süddeutschen für die preussische Wahlrechtsfrage wird nicht eher erlöschen, als das preussische Wahlrecht in eine gewisse Gleichmäßigkeit mit den anderen deutschen Einzelstaaten gebracht wird. Die Erklärung der preussischen Regierung hat aber ein Gutes geleistet. Sie hat wie ein Bild die ganze Situation erleuchtet. Wenn ich mir vorstelle, daß der Reichstanzler gesagt hätte: O ja, ja, ja — das werden wir schon machen (große Heiterkeit), dann hätten sich unsere gutmütigen Mitbürger in Preußen wieder einmal beschwindigen lassen. (Heiterkeit und sehr richtig!) Die Preußen sind in dieser Frage viel zu spät aufgestanden und haben jetzt wirklich eine Zeit mehr zu verlieren. (Beifall, Beifall links.) Es ist erregend, daß jetzt in Preußen mobil gemacht werden soll. Aber als nicht förderlich kann ich es ansehen, wenn der von unserer Fraktionsgemeinschaft eingeleitete Ausschuss zur Leitung des Wahlrechtsstempels von der Sozialdemokratie bestimmt wird. (Sehr richtig! bei den Freimittlern.) Auch wollen wir die Demonstrationen als den Wahlrechtsstempel fördernd, nicht erscheinen. Sie werden viele Leute, die den guten Willen gehabt haben, an der Wahlrechtsfrage mitzuarbeiten, durch die gewaltsamen Mittel abgedrängt haben. (Sehr richtig!) In unseren gegenwärtigen Verhältnissen sind derartige Straßendemonstrationen nicht notwendig. Die Arbeit in den Vereinen und Versammlungen ist ein besseres und nachhaltigeres Mittel, um Aufklärung in die Massen zu bringen, als derartige Veranstaltungen, bei denen man doch immer mit einer gewissen Gefahr rechnen muß. So muß und so möchte ich auch die sozialdemokratische Parteileitung in Berlin nicht, daß sie diejenigen Elemente zurückfinden könnte, die sich bei derartigen Veranstaltungen nicht um besonder politischer Forderungen willen, sondern aus ganz anderen Gründen herbeibringen. Was geschieht, wenn diese aus ihren Schilfmitteln hervorgerufen werden? Oder wenn andere Ausschüsse eintreten? 3. A. politische Mitglieder, mit denen doch gerade Sie. meine Herren Sozialdemokraten, bei Ihrer Auffassung von der Tüchtigkeit der politischen Polizei rechnen müssen. (Sehr laut.) Ich kann den Eindruck nicht los werden: Aber derartige Dinge arrangiert der übernimmt eine ganz außerordentlich große Verantwortlichkeit gegenüber den Massen, die darunter zu leiden haben, gegenüber vielen Arbeitslosen, die ohne Beschäftigung in die Gasse hinauskommen, und auch dem Ganzen ein wenig in seiner Ruhe nicht weiter als notwendig geübt zu werden. Die Sozialdemokratie versucht von uns einen Tadel der Konstitution des Militärs. Man soll nicht mit dem Teufel spielen, oder sich nachher nicht bekümmern. (Beifall Zustimmung und Hört! Hört!)

Und nun noch zwei Worte zur Situation. Der Reichstanzler hat einen bösen Tag gehabt, als er die unglückliche Erklärung in ihrem unglücklichen Wortlaut im preussischen Abgeordnetenhaus abgab. Gewiß hat er niemals einen Wechsel auf ein liberales preussisches Wahlrecht ausgedeutet; aber er hat doch durch seine allgemeine Erklärung und seine Stellung neuerdings den ihm. Forderungen überhaupt jedenfalls das bewirkt, daß die Leute wenigstens das erwartet haben, was auch ohne jede Erklärung seinerseits ganz einfach im normalen Gange einer jeden fortschrittlichen Entwicklung in Preußen ohne weiteres nicht mehr länger hätte ausbleiben können, nämlich die Anerkennung der geheimen Wahlrechtsbestimmung. Doch er auch das der Bestimmung vornehmlich, was ein Fehler, der in den weitesten Kreisen, soweit ich die Dinge verfolgen kann, das war, es an Vertrauen in der letzten Zeit gewonnen hat, tief dadurch direkt ein Gegenstück verkehrt hat. (Hört! Hört!)

Wollten wir in der Deutschen Volksversammlung den Anregungen und Wünschen folgen, die in dieser Richtung an uns in der letzten Zeit herangetrufen sind (Hört! Hört!), so müßten wir mit einem legislativen Akt uns wieder der rein grundgesetzlichen Opposition zuwenden. (Hört! Hört!) Das lehnen wir ab; wir wissen, welche Schattenseiten mit einer derartigen oppositionellen Stellung verbunden sind. (Heiterkeit.) Wir lehnen es ab, das Gegenteil derjenigen Politik von nun an zu treiben, die wir aus guten Gründen ein ganzes Jahr geführt haben. (Gelächter der Sa.) Allerdings, das habe ich zu erklären, daß unser Interesse an der Weiterführung der Politik — ein ganz kleines geworden ist. (Hört! Hört!) Wir werden das, was wir aus dieser Erklärung gelernt haben, bei jeder einzelnen Entscheidung der nächsten Zeit in die Waagschale zu legen haben. (Beifall, Beifall links.)

Hg. Konny (Wirtsch. Sp.) stellt sich auf die Seite der Sozialdemokraten.

Hg. Zimmermann (Wirtsch. Sp.) vertreibt die Straßen Demonstrationen als unnütze Szenen.

Nach einer Bemerkung des Hg. Wettels (Wirtsch. Sp.) wird ein Vertagungsantrag angenommen.

Hg. Fühlsch (fr. Sp.) erklärt es für eine Unwahrheit und eine Fälschung, daß er, wie Fühlsch behauptet, in der Erklärung des Reichstanzlers eines Erreuliches gefunden habe.

Ein Antrag Singers, die Beipredung der Wahlrechtsinterpellation morgen fortzuführen, wird abgelehnt.

Donnerstag 1 Uhr: Schiedsgericht, Majestätsbeleidigungen, Haftung des Tierhalters, Maß- und Gewichtordnung.

Schluss 8 1/2 Uhr.

Ausland.

Der Sozialismus in England.

Am der gestern in Hull abgehaltenen Versammlung der englischen Arbeiterpartei wurde ein sozialistischer Antrag eingebracht, den Statut der Partei dahin abzuändern, daß als ihr letztes Ziel die Beseitigung des Kapitals und die Verstaatlichung des Eigentums aufzufassen sei. Der Antrag wurde mit 951 000 gegen 110 000 Stimmen abgelehnt.

Delcasté bereitet Ueberraschungen vor.

Pariser Wählern zufolge wird Delcasté, falls er am nächsten Freitag gelegentlich der Interpellation über Ma-

zockt von dem einen oder anderen französischen Minister angegriffen werden sollte, in die Debatte eingreifen und seine Rolle und Haltung in der marokkanischen Angelegenheit auseinandersetzen. Diese Intervention des früheren Ministers des Äußeren, welcher sich seit seiner Demission vollständig zurückgezogen hatte, dürfte eventuell Ueberraschungen herbeiführen.

Französische Niederlage bei Sattat.

Aus Tanger wird bekümmert, daß die Franzosen bei Sattat eine Niederlage erlitten und den strategisch wichtigen Ort wieder geräumt haben.

Weiter wird aus Cabociana gemeldet: Der habsbische Sultan Raschid hat am 17. d. M. Sattat wieder besetzt. General Umeide ließ in Medina eine stiegende Kolonne zurück, die gegebenenfalls die Umgegend säubern und zu Hilfe eilen kann, wenn Dar Berekchid bedroht werden sollte.

Mulan Halid.

Der marokkanische Gegenkaiser Mulan Halid hat einen Vertreter nach Konstantinopel geschickt, um die Unterstützung des Sultans zu erlangen.

Rupropolit angesetzt.

Die Petersburger Zeitung „Slowo“ bringt die Aufsehen erregende Nachricht, daß General Rurupolit mit seinem ganzen Stabe nach dem im Stokholmer festgestellten Tadelnde gleichfalls dem Militärtribunal übergeben werden wird. Er habe im Stokholmer-Prozess militärisch falsche Aussagen gemacht, welche in direktem Widerspruch mit seinen Berichten an den Zaren stehen.

Ein Militärkomplott in Warschau.

Unter dem Verhals, an einem Militärkomplott beteiligt zu sein, sind, der „Magd. Ztg.“ zufolge, dreißig Offiziere und Soldaten des Garde-Regiments in Warschau verhaftet worden.

Kanada und Japan.

Der kanadische Minister Lemieux gab gestern in Ottawa die erwarteten Erklärungen über seine Mission nach Japan ab. Er verlas einen Brief des japanischen Ministers Kawada, worin dieser erklärt, daß die japanische Regierung nicht auf der Forderung bestehe, für ihre Angehörigen in Kanada dieselben Rechte und Privilegien zu verlangen, wie solche den anderen Ausländern gewährt werden. Die japanische Regierung erkläre sich nicht zu Willkür bereit, die japanische Einwanderung nach Kanada einzuschränken. Wie Lemieux ferner mitteilt, ist die Einwanderungsgesellschaft, welche die japanische Einwanderung in Kanada begünstigt, aufgehoben worden.

Die Revolution in Haiti.

Die haitischen Truppen haben St. Marc wieder erobert. Der Aufstand scheint im Abnehmen begriffen zu sein.

Kleine Tagesnachrichten.

- Von Parker, der frühere Kapitän der Tauch des deutschen Kaisers „Meteor“, ist gestern in Southampton gestorben.
- In Paris wird berichtet, daß der in letzter Zeit viel erörterte Plan, eine deutsche Handelskammer in Paris zu errichten, endgültig aufgegeben worden ist.
- Zur amerikanischen Präsidentschaftskampagne wird gemeldet: Hughes, der Gouverneur des Staates New York erklärt in einem Briefe an den Republican Club in New York, daß er die Nomination zum Präsidentsen der Vereinigten Staaten gern annehmen werde, falls die republikanische Partei sich dafür entscheiden sollte, ihn zu nominieren.

Provinzialnachrichten.

- (.) **Friedl.** 22. Jan. (Ueberrfahren.) Am dem Bahnhübergang auf dem Wege nach der Kandisfabrik, wo sie den Verkehr beobachtet saßen, wurde gestern gegen 6 Uhr abends Frau Superintendentin Bahn von hier vom Zuge erlöst und überfahren, daß der Schädel völlig zerschmettert war. Die Leiche konnte zunächst nicht rekonstruiert werden, da alle Teile des Kopfes umherlagen. Erst an einer aufgefundenen Fandstunde und der Kleidung wurde die Persönlichkeit festgestellt. Bürgermeister Wepf ließ die Leiche mittels des Krankenwagens zunächst nach dem Krankenhaus transportieren.
- (+) **Friedl.** 22. Jan. (Die Stadtverordneten) wählten in ihrer geizigen Sitzung den Kommerzienrat Donaltes wieder als 1. Vorsitzenden, als 1. Stellvertreter Bankier Gebler, als 2. Stellvertreter Stadtrichter Jähr, als Schriftführer Kaufmann Pfanzagl. Eine Vorlage des Magistrats auf Bewilligung von 250 000 Mk. Betrag zu den Kosten der Unterführung an der Weissenhofer Straße und an der Eisenbahne, die sich bei der bevorstehenden Umänderung des Bahnhüfers nötig machen, wurde einstimmig angenommen.
- (+) **Schönebeck.** 22. Jan. (Das Hausstürzteher) nam Herde.) Zu einem ausserlichen Familienbraten, so lesen wir in der „Schönebecker Ztg.“, verhalf ein Fraulein Bassich dieser Tage ihren Eltern und leider auch einem Freunde der Familie. Wir sagen leider, denn durch dessen beleidigte Junge wurde das uneliche Küchengeheimnis ausgedauert. In einem Nachbarort war ein Penionsfräulein auf Besuch. „Gänsebraten“ Gieb her, Mama! Das mach' ich fauber! Ich hab's doch gelernt!“ Am Vorabend ward der feiste Vogel von ihrer jarten Hand gereinigt und ausgenommen. Aber, wehe, was was das? Er lief grünblau an?! Die Fräulein verweigerte den Tausch. Die Gans war nämlich grünlich abgemahlen mit — Gänseintestine. „Schnell wältern, daß Papa nichts merkt!“ — Vergeßlich! Das Odeur blieb unvertilgbar haften!
- (+) **Großenhain.** 22. Jan. (Soldatenelbstmord.) Der im dritten Dienstjahre stehende Hular Döhner erst schloß sich mit seinem Karabiner. Nachdem das Zehlen des Soldaten bemerkt worden war, wurde eifrig nach ihm gesucht. Man fand ihn tot in einer Blutlache hinter dem Meltschauke. Das Motiv zur Tat soll Schwermet sein.
- (+) **Amenau.** 21. Jan. (Der Gemeinderat) lehnte die Errichtung einer lädlichen Rechtsauskunftsstelle ab.

Verichtsverhandlungen.

- Erfurt.** 22. Jan. Vor dem hiesigen Schwurgericht fand gestern die Verhandlung gegen neun am Wauererfest beteiligte Arbeiter statt, die wegen Landfriedensbruch, Beteiligung am Aufzuge, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Beleidigung und Uebertretung der Gewerbeordnung angefaßt waren. Es handelte sich um tumultuarische Vorgänge auf dem hiesigen Personenbahnhof gelegentlich der Ankunft italienischer Arbeiter. Nachts gegen 10½ Uhr wurde das Urteil verkündet. Es lautete gegen einen Arbeiter auf sieben Monate Gefängnis, gegen zwei auf drei Monate und gegen einen auf zwei Wochen Gefängnis. Drei Angeklagte wurden freigesprochen.
- Kunst und Wissenschaft.**
 - (+) **Alte Mitteilungen.** Hans Thoma ist gegenwärtig damit beschäftigt, einen Julius großer Wandgemälde zu schaffen, die religiöse Stoffe behandeln. Für diese Gemälde soll wie Henry Thode in einem Vortrage in Eisenburg mitteilte, in Karlsruhe ein eigenes Museum erbaut werden. — Die Reden von Johannes Wagners werden durch den Oberbibliothekar Dr. Schulze in Berlin und den Stadtbibliothekar Timme in Hannover herausgegeben und in einem Jahre erscheinen. Eine Biographie Wagners verfaßt Prof. Dr. S. Hering in Berlin. Ein französischer Kriebel ist dem Museum zufolge, vor kurzem zu Haine-St. Paul in Belgien aufgefunden worden. Bis jetzt sind 45 Einzelblätter geöffnet, und in 25 von ihnen sind Schmudmächen und für die Meteorologie typische Zeichnungen gefunden worden.
 - (+) **Flühenschonk.** Das Theater in Gera wird in diesem Jahr wieder für fünfliches Hoftheater. Der jetzige Direktor des Theaters, Kurtich, übernimmt in diesem Jahre die Leitung des neuen Stadttheaters in Gera. Hoftheater Vorbergt tritt an seine Stelle und wird Hoftheaterleiter. Ein Siegfried Wagners neue Oper „Das Sternengebot“ erzielte bei ihrer Premiere am Hamburger Stadttheater einen starken Erfolg. — Kammerjäger Schwieger, der Heldentat des Koburg-Gothaischen Hoftheaters, wird auch bei dem diesjährigen Festspektakel wieder den Parfall singen. Beller wird Schwieger die Rolle des Froh im „Reineboß“ und die des Lohengrin übernehmen. — Ersieurs neueste Operette „Ein Tag auf dem Mars“, Text von Tann-Bergler und Deutsch-Germann, erlebte im Wiener Colosseum ihre erste Aufführung. Der Stoff der Operette erinnert stark an Lindes „Frau Luna“. — Die Aufführung von Will Langs „Lucretia Borgia“ durch die Münchener Dramatische Gesellschaft im Schauspielhaus erzielte einen sehr guten Erfolg. — Wie der „Berl. Vol. Anz.“ aus Gera meldet, beurteilte das dortige Landgericht den ammerländer Hoftheater, der im Mai n. J. das dort unter dem Protektorat der Erzhersogin Maria Annunciata veranstaltete kirchliche Musikfest durch pöbelliche Mißhandlungen schädigte und deshalb vom Deutschen Bühnenverein für Kontraktbrüchigkeit erklärt wurde, zur Zahlung eines Schadensersatzes von 3600 Kronen und zu den Gerichtskosten. — Wie aus München gemeldet wird, hat sich der Kammerjäger Alois Burgstaller, der bekannte Kapuziner Wagner-Sänger, der sich gegenwärtig auf einer Gaspistrie in Nordamerika befindet, bei einem Sturz aus einer Zehnmetertiefe in den Arm gebrochen. — In der Vorstellung des „Biberpelz“ im Leipziger Stadttheater am Montag führte Frau Huth zu Boden und zog sich eine schwerere Verletzung des Armes zu. Trotzdem spielte sie ihre Rolle der Frau Noret zu Ende.
- Bemischtes.**
 - (+) **Erung eines gefahrenen Chinabebes.** Bei der Erfindung des Takuforts starb, wie erinnerlich, an Bord des „Mitis“ der Leutnant a. S. Hellmann, ein Sohn des Stadtdirektors Hellmann, dem Helldent. Seine sterbliche Ueberreste wurden später auf dem Frieshof in Keiße beigesetzt. Bald darauf bildete sich ein Komitee mit dem Ziele, den Grabhügel des tapferen Leutnants mit einem würdigen Denkmal zu schmücken. Von dieser Absicht wurde auch der Kaiser unterrichtet. Er hat jetzt dem Denkmals-Komitee eine in den Takuforts eroberte chinesische zwölf-Zentimeter-Gelände aus Kupferbronze von 3 3/2 m Länge und einem Gewicht von 25 Pfund zum Geschenk gemacht. Auf den hinteren Teil der Gelände befindet sich das chinesische Staatswappen, der Drachen; die Geländekante sind mit chinesischen Schriftzeichen bedeckt. Ferner sind in Keiße auf Anordnung des Kaisers der Anter und die Kette von S. M. S. „Mitis“ eingetroffen und in den nächsten Tagen sollen noch der 30 Meter lange Maststumpf und das Steuerrad von S. M. S. „Cormoran“ kommen. Alle diese Gegenstände werden beim Aufbau des Hellmann-Denkmalis Verwendung als Dekorationsstücke finden.
 - (+) **Das große Los unter der Malulatur.** Der erste Hauptgewinn der Mannheimer Jubiläumsausstellungs-Lotterie, der, wie wir kürzlich meldeten, bisher nicht abgehoben wurde, ist nach Frankfurt a. M. gefallen; der glückliche Gewinner ist ein Maschinenmeister einer dortigen Druckerei; er hat aber leider das Los, weil er glaubte, es sei wertlos, vor mehreren Jahren unter das Malulaturpapier geworfen, was natürlich in verschiedenem größeren Potten von einigen auswärtigen Firmen angekauft und abgeholt worden ist. Der Vermittler glaubt festgehalten zu haben, daß sich das Los in einem Waggon Stampfpapier befand, der am 17. d. M. an die Adresse eines in Eckardt bei Darmstadt domicilierenden Geschäftshauses abgegangen ist.
 - (+) **Ein klüßiger Geistlicher.** Der Pastor Jaak aus Neustirchen im Fürstentum Lübeck ist mit seiner Frau klüßig. Vermutlich hat sich das Paar nach Amerika gewandt. Die Ursache der Klüßig ist in Stunden zu suchen.
 - (+) **Eine Spur von Sternfeld?** Dem Genarmen Hille in Kalbe a. d. Milde ging ein Brief zu, der den Namen des entflohenen Sternfeld als Abiender trug und den Bahnpoststempel Bromberg-Stettin aufwies.
 - (+) **Triumph der Alpinisten.** Borgoreffen wurde die Königsplike von einem Berliner Touristen namens Kaiser erliegen. Die 3577 Meter hohe Königsplike, der zweithöchste Berg der Ostalpen, ist selbst im Sommer ungemein schwierig zu bestiegen, schwerer als der 45 Meter höhere Ortler. Die Bestimmung dieses Bergesins im Winter ist vorher noch nie gelungen und muß als eine hochtouristische Leistung allerersten Ranges bezeichnet werden.
 - (+) **Der Erbfaherzögit.** Der Versuch, eine Gefängnisstrafe durch einen Stellvertreter abtügen zu lassen, ist — mit und ohne Erfolg — schon öfter gemacht worden. Nun hat jemand in Paris versucht, durch einen „Erbfaherzögit“ seine Weibungen abtügen zu lassen. Ein junger Kaufmann war 1896 zu einer Weibungsbüße einberufen, die ihm außerordentlich schwer in seinen Verhältnissen war. Er mußte sich aber zu helfen. Er erbetete einen seiner Angehörigen, der die gleiche Größe wie er selbst und auch ungefähr das gleiche Aussehen hatte, an seiner Stelle 25 Tage zu büßen. Da der „Erbfaherzögit“ ebenfalls Soldat gewesen war, ging auch alles gut. Inzwischen hatten sich jedoch die beiden aus-
- (+) **Irzend einem Grunde verurteilt, und so kamen beide vors Kriegergericht.** Der Erklägman aus auch der Kaufmann wurden zu einer ganz empfindlichen Strafe verurteilt. Beide müßten dieselbe Lebung noch nachholen.
- (+) **Die Ketter ihrer Etre.** In Urad (Südungarn) erlisch die Gattin des Glasfabrikars Mezes, eine 19jährige, auffallend hübsche Frau, die Hebamme Alexandra Vips. Diese hatte die junge Frau in ihre Wohnung gelockt und, nachdem sie dieselbe betrunken gemacht, dem reifen Verführer Lazar Testu überliefert, der sich an ihr fittlich verging. Als der Gatte der verführten Frau, Wilhelm Mezes, von dem Vorfall Kenntnis erhielt, erschieß er den Testu in dessen Wohnung. Beide Ehegatten hatten sich selbst den Behörden. Der Vorfall erregt ungeheures Aufsehen.

Sportnachrichten.

In Magdeburg endeten die Ringkämpfe am Montagabend mit dem Siege Eberles über den Bulgaren Petroff nach 26 Rdn. 53 Set. Sodann erfolgte die Preisverteilung. Es erhielten Eberle 2000 Mk., Petroff 1500 Mk., der Türke Abdullah 1000 Mk. und der Brasilianer Salsator 500 Mk.

Heute in Paris. Der Edward Taylor-Preis (Dauerrennen hinter Motorschlittendammern) wurde mit 8 Runden Vorsprung von Thebe vor Simir gewonnen. Nauß konnte sich als Zweiter platzieren. Beide Sieger benutzten das vortreffliche Brennabor-Rad.

Lezte Nachrichten und Telegramme.

Parlamentarisches.

Berlin, 22. Jan. Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses hat den Etat der Aufsichtverwaltung in Einnahme und Ausgabe genehmigt.

Berlin, 22. Jan. Dem Reichstag ging eine nationale liberale Resolution Henze zu, der Reichstag sollte beschließen, den Reichsanwalt zu eruchen, dem Reichstag im Anluß an den zu erwartenden Gehensentwurf der Strafprozedurordnung den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, durch den der Strafvolzug einheitlich für das deutsche Reich geregelt wird. Dem Reichstag ging ferner eine nationale liberale Resolution Hoffmann zu, der Reichstag sollte beschließen, dem Reichsanwalt zu eruchen, dem Reichstag einen Gehensentwurf betr. Strafrecht und Strafverfahren sowie Strafvolzug hinsichtlich der noch jugendlichen Personen begangenen Straftaten vorzulegen.

Wahlrechtsdemonstrationen in Braunschweig.

Braunschweig, 22. Jan. Anßlich der heutigen Landtagsagung erfolgten heute abend gegen 6 Uhr lärmende Demonstrationen zu Gunsten des allgemeinen Wahlrechts vor dem Residenzschloß und vor dem Landtagsgebäude. Die Polizei zerstreute die Menge, die sich dann unter Zehlen und Pfeifen nach dem Gemeindegemeinschaftssaal begab, wo eine Versammlung stattfand. Die Polizei hat alle Maßregeln getroffen, um erneuten Demonstrationen zu beugen.

Das Leihenbegängnis des Großherzogs von Toskana.

Wien, 22. Jan. Heute nachmittag fand unter großem Gepränge das Leihenbegängnis des Großherzogs von Toskana statt. Nach der Einsegnung der Leiche in der Hofburg-Pfarrkirche bewegte sich der Leidenzug nach der Kapuzinerkirche, wo der Sarg im Beisteln des Kaisers, der Kaiserlichen Familie, des Prinzen Friedrich Leopold als Vertreters des deutschen Kaisers und anderer beigelegt wurde.

Der Unfall des Dampfers „Amsterdam“.

Roel van Holland, 22. Jan. Die von dem Rettungsdampfer und dem Dampfer „Woban“ gelochte Schalleppe des Dampfers „Amsterdam“, die außer einem Teil der Mannschaft ungefähr 20 Reisende beherbergt haben soll, ist bisher noch nicht aufgefunden worden. Vor der Mündung des Neume Waterweg ankert eine ganze Flotte von Fahrzeugen, die wegen des dichten Nebels nicht einzulaufen waren. Es ist gut möglich, daß die Jnsassen der Schalleppe von einem dieser Schiffe aufgenommen worden sind. Um Gewißheit zu erlangen, ist ein Schleppdampfer in See gegangen.

Amsterdam, 22. Jan. Nach Meldungen des „Handelsblades“ von heute abend sind von der „Amsterdam“ alle Personen bis auf sieben Passagiere und Mitglieder der Besatzung, unter diesen drei Stewards, gerettet. Die noch Fehenden befinden sich nach den Angaben des Kapitäns der „Amsterdam“, alle in der einen noch festhenden Schalleppe.

Strahburg, 22. Jan. Der Kassenbote Staudenmeter der hiesigen Steuerbehörde, der im vorigen Jahre 60 000 Mark an Steuern einsah, hatte und in der Schweiz verhaftet worden war, wurde von der Strafkammer zu vier Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust bei Anrechnung von einem Monat Unterdrückungshaft verurteilt. Seine Rechtsfrist erhielt zwei Jahre Gefängnis. Eine Frau aus Mannheim, die einen Teil des gestohlenen Geldes verborgen hatte, erhielt wegen Begünstigung vier Monate Gefängnis. Das Geld war bis auf 1000 Mark aufgebraucht.

Paris, 22. Jan. Die Armeeommission nahm fast einstimmig einen Antrag an, nach dem die Stellung der Reserve- und Landwehroffiziere in Bezug auf eine Uebereinbarung der militärischen Interessen und der Rechte als Mensch und Bürger im Zivilleben eine gesetzliche Regelung findet.

Paris, 22. Jan. Der Unterwuchungsbericht erklärte, nicht befugt zu sein, ein Verhör gegen die beiden jüngst verhafteten Russen, die Geldbeträge im Besitz hatten, die aus dem Raubdiebstahl in Tiflis herrühren, einzuleiten. Heute früh wurden die beiden Russen über die beglückte Grenze gebracht.

Saill, 22. Jan. Trotz der getriggen Abstimmung der Arbeiterkongressen wurde heute mit großer Mehrheit eine Resolution angenommen, in der es heißt, daß der Sozialismus das Ziel der Partei sein müße, was bei den der Partei angehörenden Sozialdemokraten Begeisterung hervorrief.

Wahlpole, 22. Jan. Bei dem Versuch, eine Tabakfabrik durch Dynamit zu zerstören, wurden gestern von dem Fabrikwächter zwei Männer getötet und einer verwundet.

Leitung Otto Sonne

Verantwortlich für den politischen Teil: Dr. Fritz Wichmann, für das feuilleton: Otto Sonne, für Provinzialnachrichten: Albert Spering; für den lokalen Teil, für Gericht, Sport und Vermischtes: Eugen Brinkmann; für den Handelsteil: Fritz Lang; für den Infanterieartikel: Max Knebelde. Druck und Verlag von Otto Spender, sämtlich in Halle a. S.

Diese Nummer umschließt „Zuständigkeitsverhältnisse“ (staatsrechtlich „Unterhaltungsblatt“).

Main table containing financial data, stock prices, and exchange rates. Columns include various market categories like 'Feld', 'Börse', 'Waren', and 'Devisen'.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Der Ausdehnungsdrang im Textilgewerbe.

In keinem anderen Gewerbe hat das Jahr 1907 noch eine so starke Erweiterung des Produktionsapparates gebracht, wie in der Textilindustrie. Die durchwegs bestehende Gewerbe, die in den letzten Jahren zu dem, was man schon als 1906, wiewohl äusserst ansehnend auf die Unternehmungslust; sowohl bestehende Betriebe wurden erweitert, als auch zahlreiche neue Betriebe errichtet. Die Textilindustrie wird nur zu einem Teile durch Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit b. H. repräsentiert. Immerhin vermag man aus dem Bilde, das die Bewegung der Aktiengesellschaften und der Gesellschaften mit b. H. im Jahre 1907 bietet, auf den Ausdehnungsdrang im gesamten Textilgewerbe zu schliessen. Wir stellen vor allem die Kapitalsummen fest, die im Jahre 1907 zur Erweiterung bestehender Betrieben in Form von Kapitalserhöhungen oder zur Errichtung neuer Gesellschaften dem Textilgewerbe zugeführt wurde. Das ergibt sich denn, dass die Neuinvestitionen im Jahre 1906 26,36 Millionen Mark, 1907 dagegen 46,71 Millionen ausmachten. Das Jahr 1907 hat also eine Steigerung von 20,35 Millionen Mark gebracht. Die Summe des Jahres 1907 wird von '11, die des Jahres 1906 von 72 Gesellschaften beansprucht. Die Neuinvestitionen teilen sich in den Aufwand für Neugründungen und in die Kapitalserhöhungen. Der weitaus grössere Teil des Betrages für Neuinvestitionen entfällt auf Neugründungen: 1907 wurden 57 Gesellschaften für den Betrag von 36,1 Millionen Mark neu gegründet, während 1906 die Zahl der neuen Gesellschaften 55, der Betrag ihres Kapitals nur 19,32 Millionen Mark betragen hatte. Unter den 57 neuen Betrieben waren 13 Aktiengesellschaften mit 26,20 Millionen Mark Aktienkapital und 44 Gesellschaften mit b. H., die zusammen mit 9,9 Millionen Mark in b. H. befristeten. Gleich im ersten Quartal wurden einige grosse Aktiengesellschaften gegründet, so im Februar die Aktiengesellschaft Gebr. & Co. in Wolvelink. Im März die Schlesischen Textilwerke Metner & Fröhne, Aktiengesellschaft, in Landeshut. Grössere Gesellschaften mit b. H. wurden im Februar gegründet, darunter mit 1 bezw. 1,75 Millionen Mark Stammkapital, sodann im April und im September. Die Summe des für Kapitalserhöhungen beanspruchten Kapitals ist von 7,04 Millionen Mark im Jahre 1906 auf 9,90 im Jahre 1907 hinaufgegangen; sie ist zwar auch gestiegen, aber lange nicht in dem Grade, wie dies die Norddeutschen Wolframwerke und Kammgarmsniffer, für die allein 5,82 Millionen Mark beansprucht wurden. Wenn in ähnlichem Grade wie bei den Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit b. H. innerhalb des gesamten Textilgewerbes die Vermehrung des Produktionsapparates erfolgt ist, so dürfte es für 1908 angesetzt werden, die Unternehmungen sich etwas weniger zu entwickeln zu lassen. Denn bei der allgemeinen wirtschaftlichen Konjunktur ist auch für das Textilgewerbe eine allzustarke Steigerung der Erzeugung im Vergleich zur Entwicklung des Konsums nicht ausgeschlossen.

Handels-Depeschen.

Bremen, 22. Jan. Bösmanns Telegraphisches Bureau meldet: Die Bürgerschaft genehmigte in ihrer heutigen Sitzung die von der Finanzdeputation vorgeschlagene 4proz. Anleihe von 15 Millionen Mark.

Handel und Industrie.

Berliner Börse. Bei Schluss der gestrigen Börse notierten: Kredit 200,50, Diskonto 172,25, Deutsche Bank 232,37, Berliner Handelsgesellschaft 157,25, Kanada 158,70, Baltimore 67,25, Fiskalfahrt 117,25, Norddeutsche 125,25, Russische Anl. 109,92, 82,00, Laurahütte 218,00, Bochumer Guss 198,00, Harpener 203,25, Gelsenkirchen 182,17, Phönix 177,25, Dresdner Bank 138,25, Schaffhausen 35,50, Lombarden 27,60, A.-E.-G. 201,25. — Tendenz: Abgeschwächt.

Auf dem Kassamarkte notierten höher: 3proz. Reichsanleihe 140,30, Konsols 0,05, 3proz. Konsols 0,20, Schultheissbrauerei 1,40, Böhm. Brauhaus 3,75, Adler Zementfab. 2, Hein. Lehmann & Co. 1,25, Lapp 1,50, Rhein. Metall Vork.-Akt. 1,25, Schubert & Salzer 3, Bödenges. Hochb. Schönhäuser Alle 3, Klausner Spinnerei 3,50, Renner Spinnerei 1,25, Duxer Kohlen 1,50, Jessenitz 1,50, Kattowitz Bergbau 2, Langendorfer 4,25, Witten Stahlhütte 3,75. Dagegen notierten niedriger: Bernburger Maschinen 1,25, Kollmar & Jourdan 4, Loebe & Co. 1,25, Baer & Stein 1,75, Orenstein & Koppel 1,25, Zetter Masch. 3, Wessel Porzellan 2, Sitzendorfer Porzellan 2,75, Buckau Chem. Fabr. 4, Höchstfarben 1,75, Gladbacher Wolle 1,25, Elberfelder Textilmaschinen 0,20, Gieseler Cellulose 2, Bismarkhütte 2,25, Friedrichshütte 1,50, Köln-Müssen Bergwerk 2, Königshorn 1,25, Niederlausitz Kohlen 1,75, Rhein-Nassau 2,50, Schleische Zink 3, Stolberger Zink 1,25.

Die Stadt Wilmersdorf will zu zwei 3/4 oder 4proz. Anleihen im Betrage von 17 Millionen und 10 Millionen Mark aufzutreiben.

Neue Kasseler Stadtanleihe. Bei der Submission auf den ersten Teilbetrag der neuen 4proz. Kasseler Anleihe wurden von Kasseler Bankiers für den Uebernahmevertrag vier Angebote zu je 98,04 Proz., 97,78 Proz., 97,72 Proz. und 97,65 Proz. gemacht.

Die Berliner Bankfirma Alfred Naumann hat die Zahlungen eingestellt. Die Beteiligung des Berliner Marktes soll nur ganz unbedeutend sein, da die in London bestehenden Kreisläufe keine namhaften Beträge von der Firma zu fordern haben. Ausserdem hat die Firma recht bedeutende Minusengagements in London laufen. Der Status der Firma wird augenblicklich von der Deutschen Trennungvereinnung geprüft. Der Firmeninhaber hat dieses Institut seine Aktiven übergeben. Die Zahlungseinstellung dürfte ein Zusammenhang mit dem Zusammenbruch der Rostocker Bankfirma S. Neumann stehen, deren Inhaber der Bruder des Inhabers der Firma Alfred Naumann ist.

Vorgänge in der New Yorker Haute Banque. An der gestrigen Börse lagen Privattelegramme vor, wonach vorgestern die Mitglieder des New Yorker Clearinghouse zusammengetreten seien, um Schwierigkeiten, die bei einem dortigen grossen Hause von internationaler Bedeutung sich akut gestellt haben, zu ordnen. Die betreffende New Yorker Firma fungiert seit vielen Jahrzehnten als Agent des ersten europäischen Finanzhauses, das in einer Reihe von Hauptstädten domiziliert. Die Verlegenheiten der Firma sollen dadurch zum Ausdruck gekommen sein, dass sie einen Teil ihrer Kapitals in der New Yorker Untergrundbahn (Interborough) angelegt hat, und dass diese Werke, wie bezweifelt, zurzeit nicht realisierbar sind. Das grosse Londoner Bankhaus, zu dem die New Yorker Firma in engen Beziehungen steht, soll in den letzten Tagen schon von ihr 7 Millionen Dollar amerikanische Sektorscheine hauptsächlich in Grundbesitz bestehend, übernommen haben. Inhaber der Firma sind auch doppelt verschwägert mit den bekannten Milliardären Vanderbilt. Man glaubt in Finanzkreisen, dass die mächtigen Beziehungen des Hauses über die entstandenen Schwierigkeiten hinwegzuhalten werden.

Katzenyndkat. Der „B. B.-C.“ schreibt unterm 22. Januar: Nach dem Verlauf der gestrigen Verhandlungen ist es wenig wahrscheinlich, dass die heutige Gesellschafter-Versammlung der Aufnahme neuer Werke gelangen wird. Bezüglich Krügershall sind die Differenzen wegen der zu gewährenden Quote zwar nicht mehr erheblich, jedoch ist eine volle Einigung bisher nicht erzielt. Die Aufnahme der Werke Ludwigsburg-Nord- und Ludwigsburg-Süd ist ebenfalls noch unabhängig bleiben von einer eingehenderen Durchberatung der für diese Werke in Betracht kommenden Verträge als Mitglieder der Fabrik-Interessengemeinschaft Wolframshausen. In bezug auf die heute zur Verhandlung stehende Uebnahme der amerikanischen Abschlüsse des Werkes Sollstedt durch das Syn-

dikat sind dem Vernehmen nach noch Einwendungen des Vertreters von Sollstedt zu erwarten. Die Erörterungen der Vorbereitung zur Syndikats-Erneuerung werden dadurch beeinträchtigt werden, dass drei Mitglieder des Aufsichtsrats aus privaten Anlässen verhindert sind, der heutigen Verhandlung beizuwohnen.

Neue Fusionsgerichte tauchten gestern am Marke der Kallwerte auf. Es wurde davon gesprochen, dass die Gewerkschaft Beienrode, nachdem der Ankauf von Hartfor-Aktien gesehert ist, das Hartalzwerk Hansa-Silberberg erwerben wolle. Begründet wurde die Vermutung mit der Personalmittel Beienrode und Hansa-Silberberg in den Grubenvorständen beide Werke sitzen Ingenieur Wippermann-Düsseldorfer und Bergassessor Kott-Hannover. Weiter wurde versucht, dem Fusionsgericht durch den Hinweis auf den Besitz von Thyssen an Hansa-Silberberg-Kuxen Wahrscheinlichkeit zu verleihen. Hierzu ist, so schreibt das „B. T.“, zu bemerken, dass der Reichsdirektor Hansa-Silberberg von verschiedenen Seiten nicht besonders günstig beurteilt wird. Wenn dem aber auch sei, jedenfalls machten die Gerichte den Eindruck von Tendenzgerichten, wie sie in letzter Zeit wieder so häufig ohne rechte Unterlage auf dem Marke der Kallwerte erscheinen, um interessierten Persönlichkeiten als Mittel zu Kurstreibern zu dienen.

Die Aufträge in Kallsachen gehen aus Deutschland, mit Ausnahme Süddeutschlands, nach Mittelland des Grosshandels sehr zahlreich ein.

Bochumer Bergwerks-Aktien-Gesellschaft. Im 4. Quartal 1907 wurde bei 72% Förderungen ein Gewinnüberschuss von 126 071 Mk. erzielt gegen 118 375 Mk. in 7. Förderungen in 3. Quartal dieses Jahres und 48 345 Mk. bei 72% Förderungen im 4. Quartal 1906.

Roheisensyndikat. Wie die „Kön. Zig.“ meldet, entspricht die anderweitig verbreitete Nachricht, dass in der am 25. d. Mts. stattfindenden Versammlung das Roheisensyndikat eine Erzeugungseinschränkung der rheinisch-westfälischen Roheisenwerke beschliesst, weder den Tatsachen, da das Roheisensyndikat auf Grund seiner Satzungen überhaupt nicht in der Lage ist, eine Erzeugungseinschränkung zu beschliessen.

Eisenwerk Barbarossa, Aktiengesellschaft, in Sangerhausen. Der am 15. Februar stattfindenden Generalversammlung soll gemäss § 240 Abs 1 des Handelsgesetzbuchs (Verlust von mehr als die Hälfte des Aktienkapitals) gemacht werden (Die mit einem Grundkapital von 500 000 Mk. ausgestattete Gesellschaft hat ihre Anlagen seit März 1906 an die Harzer Werke zu Ribband und Zorge verpachtet).

Erhöhung der österreichisch-ungarischen Kupferfahrpreise. Die kartellierten österreichisch-ungarischen Kupferfahrpreise haben den Grundpreis von Kupferdraht um 3 Kr. von 188 auf 191 Kr. pro 100 kg erhöht.

Die Vereinigung rheinisch-westfälischer Emallierwerke schreibt uns: „Die in Dortmund versammelten Emallierwerke der rheinisch-westfälischen Gruppe konstatieren, dass die Nachfrage befriedigend sei. Die Gestehungskosten haben sich keineswegs ermässigt, indem die geringen Preisrückgänge einiger Materialien allein durch die reichliche Aufverehrung aufzuwachen werden. Aus diesem Grunde und entsprechend dem Vorhaben der sächsischen Gruppe wurde einstimmig beschlossen, an den jetzigen Preisen unbedingt festzuhalten.“

Portlandzement-Submission. Die Eisenbahndirektion St. Johann schreibt zum 31. Januar 8 500 000 Kilo Portlandzement in 15 Losen aus.

Die Norddeutsche Zuckerraffinerie in Fredelsloh schliesst mit einem grösseren Fehlerteil ab. Die Generalversammlung soll darüber beraten, ob eine Unterbilanz vorgetragen oder der Verlust durch eine Rekonstruktion getilgt werden soll. Ein endgültiger Beschluss in letzterer Richtung ist aber noch nicht gefasst.

Abermalige Preisberaterung für amerikanische Baumwollwaren. Wie aus New York gemeldet wird, werden die Preise aller Baumwollwaren neuerdings reduziert, so dass der Rückgang gegen den letztjährigen Höchstpreis 20 Proz. beträgt.

Die Baumwoll-Spinner Seltenbach in Augsburg erzielte 147 864 (i. V. 87 471) Mk. Reingewinn und verteilt 9 Proz. (7 Proz.) Dividende.

Vom Malländer Seidenmarkt wird geschrieben: Nach der langen Periode geschäftlicher Lastlosigkeit, unter der das hiesige Seidenhandwerk litt, hat sich die Lage in letzter Zeit in Folge der Wiederbelebung der Nachfrage festzustellen. Diese erstreckte sich hauptsächlich auf feine Grägen für Zwirnereizwecke und auf prompt lieferbare Orgazine. Freilich waren die von den Verbrauchern gebotenen Preise so niedrig, dass die Eigener nur ein geringes Teil der überreichen Aufträge zur Ausführung brachte und die weit grösste Mehrzahl derselben zurückwies. Auch Amerika gab ein Lebenszeichen von sich, indem es besonders klassische Grägen verlangte. So hat also die letzte Zeit die in den Interessentenkreisen immer wieder verlochene These, dass der Bedarf besteht und über kurz oder lang gedeckt werden muss, bestätigt zu sehen.

Natürlich ist die rückläufige Bewegung der Preise zum Stillstand gekommen, und in einigen Genres sind auch schon Aufschläge zu verzeichnen. Auch in asiatischen Herkünften zeigte sich ein regulärer Verbrauch, und angesichts der Festigkeit der Konsumgüterpreise zogen auch die in Europa lagernden asiatischen Seidenproben an Cocons waren bei spärliehen Unterhandlungen etwas fester als in der Vorwoche. Die wichtigsten Notierungen lauten: Italienische Grägen, klassische Titres 12/14 Lire 49, 11/12 Lire 51, 8/10 Lire 52, Sublime 10/12 Lire 47,50—48, 9/11 Lire 49—50, 50, 8/10 Lire 51, 2. Qualität 11/13 Lire 46, 3. Qualität 10/12 Lire 43, Orgazine Lire 58—61, Cocons, trockene, italienische Lire 11 bis 11,40, Balkanherkünfte Lire 11—11,50, kaukasische-persische Lire 9,30—10,50, Turkestan Lire 9,30—10,80.

Aktienbrauerei Wittenberg in Wittenberg. Nachdem in der am 14. Januar abgehaltenen Generalversammlung über Punkt 3 der Tagesordnung: Verminderung des Aktienkapitals um 100 000 Mark durch Zusammenlegung der Aktien im Verhältnis von 3:2, Erhöhung des Aktienkapitals um 150 000 Mk. durch Ausgabe von 300 Stück auf den Namen lautenden Vorzugsaktien zu 300 Mk. und 60 Stück auf den Inhaber lautenden Vorzugsaktien zu 1000 Mark, wegen unzureichender Vertretung des Stammkapitals kein Beschluss gefasst werden konnte, wird eine neue ausserordentliche Generalversammlung auf den 7. Februar nach Wittenberg anberaumt zur Beschlussfassung über den erwähnten Punkt der Tagesordnung.

Magdeburger Hagelversicherungsgesellschaft. Das Geschäftsjahr 1907 ist, wie in der Verwaltschaftsitzung mitgeteilt wurde, infolge zahlreicher, weit verbreiteter und verheerender Hagelwetter und dadurch, dass sich die Ernte nicht nur noch verzögerte, wiederum höchst ungünstig verlaufen. Gegenüber einer Prämienahme von 4 037 120 Mk. (1906 3 157 721) waren für Hagelschäden und Regulierungskosten 3 781 474 Mk. (4 444 047) auszuwenden. Unter Berücksichtigung der Zinsen und sonstiger Nebenabnahmen erliessene und sämtlicher Verwaltungskosten andererseits ergab sich ein Jahresverlust von 505 788 Mk. Das Jahr 1906 hatte mit einem Verlust von 1 100 000 Mk. geschlossen.

Die Verhandlungen zwischen der Cunard-Linie, der White Star-Linie sowie mit der Allah-Linie und anderen englischen Gesellschaften sind soweit voran, dass eine Verständigung unmittelbar bevorsteht und voraussichtlich noch bis Sonnabend erfolgen wird. Die kontinentalen Dampfschiffahrtsgesellschaften beurteilen die Sachlage günstig.

Zahlungsstocung. Wie mitgeteilt wird, ist die Bau- und Holzfirma M. Stauffer in Hanse bei Berlin genötigt gewesen, ihre Gläubiger um Genehmigung eines Moratoriums zu ersuchen. Die Zahlungsschwierigkeiten sind durch starke Beteiligung der Firma an Baunternehmungen entstanden. Die

Passiva betragen 350 000 Mk. Die Aktiva sind verhältnissmässig gering. Infolge Unklarheit der Gläubiger ist es zweifelhaft, ob der vorgeschlagene Akkord Genehmigung findet.

Waren und Produkte.

Berliner Produktenbörse. 22. Jan. Am Fröhrmarkt notierten, Weizen in 217—220,00. Roggen in 205—207,00. Hafer, märkisch mecklenburger, pomeranischer, pommerscher u. schlesischer feinst 180—192, mittel 172—170. Gerste in 171, russische mittel u. gering —, Mais, runder 100—105,00. Getreide, inländ. Futtermittel mit und gering 161—170, gute 171—182, russische und Donau weicher bis 161. Erbsen inländ. und ausländischer Futtermittel 188—194, kleine Weizenmehl 00 220,00, 1. Pfd. 1018 166,50. Gerste ruhig, südruß., eif. 135,50. Hafer ruhig, Holsteiner und Mecklenburger 174—180, Mais ruhig, America mixed cif 122,00. La Plata cif 122,00.

Weizenmehl 00 220,00, 1. Pfd. 1018 166,50. Gerste ruhig, südruß., eif. 135,50. Hafer ruhig, Holsteiner und Mecklenburger 174—180, Mais ruhig, America mixed cif 122,00. La Plata cif 122,00.

Oktober 10,59 Gd., 10,80 Br. Roggen per April 10,90 Gd., 10,91 Br. per Oktober 9,15 Gd., 9,16 Br. Hafer per April 8,25 Gd., 8,25 Br. per Oktober — Gd., — Br. Mais per Mai 7,04 Gd., 7,05 Br. Raps per August 16,10 Gd., 16,20 Br.

Zucker.

Hamburg, 22. Jan. Rübenzucker, 1. Produkt, Basis 88%, Rendement neue Usanoo, frei an Bord Hamburg

per Januar	vorm.	nachm.	abends
per März	19,95	19,95	20,00
per Mai	20,25	20,25	20,25
per August	20,80	20,80	20,55
per Oktober	19,80	19,80	19,55
per Dezember	19,55	19,50	19,45

Gerste ruhig, ruhig

Kaffee.

Hamburg, 22. Jan. Good average Santos

per März	vorm.	nachm.	abends
per März	83 Gd.	83 Gd.	83 Gd.
per Mai	83 1/2 Gd.	83 1/2 Gd.	83 1/2 Gd.
per August	84 Gd.	84 Gd.	83 1/2 Gd.
per Dezember	84 1/2 Gd.	84 1/2 Gd.	84 1/2 Gd.

Ruhig stetig, ruhig

Bremen, 21. Jan. Kaffee beauptet. Santos per März 42 1/2, per Mai 42, per Sept 45, per Dez. 45 1/2, stetig.

Petroleum.

Hamburg, 22. Jan. Petroleum test Standard white loko 1,50

Nordhausen, 22. Jan. Bräuntwein 40 Vol. Proz. für 100 kg (100 100 kg) 65,50—67,50 Mk., 60. Vol. Proz. für 100 kg (106—107 l) 74,25—75,25 Mk. per loko-Lieferung ohne Fass ab Brenneiler.

Hamburg, 22. Jan. Spiritus fest, per Jan. 32 1/2 Gd., per Jan.-Febr. 32 1/2 Gd., per Febr.-März 32 1/2 Gd.

Spirit.

Feinwaren u. Geste.

Bremen, 22. Jan. Schmalz ruhig, Loko, Tubs und Firkin 42%, Doppelmer 48.

Köln, 22. Jan. Rüböl loko 76,00, per Mai 72,50.

Hamburg, 22. Jan. Rüböl ruhig, verzollt 74,00.

Städtischer Schlachtwerkmarkt.

(Amtlicher Bericht der Direktion.)

Berlin, 22. Jan. Zur Verkauf standen 931 Rinder, 2238 Kälber, 1397 Schafe, 13715 Schweine. Bezahlt wurden für 100 Pfund oder 50 kg Schlachtweg in Mark (bezw. für 1 Pfd. in Pfg.): Ochsen: fehlt; Bullen: mässig, genährte, junge und gut genährte ältere —, gering gen. —; Färsen u. Kühe: mässig genährte Färsen und Kühe —, gering gen. Färsen und Kühe —; a) feinste Mastkälber (Vollmüchsam) und beste Saugkälber 89—93; b) mittlere Mast- und gute Saugkälber 78—83; c) geringe Saugkälber 47—55; d) ältere gering genährte Kälber (Presser) —; Schafe: a) Mastlämmer und jüngere Mastmütter 80—82; b) ältere Mastmütter 75—78; c) mässig genährte Hammel und Schafe (Marschschafe) 57—61; d) Holsteiner, Niederrungschafe (Leibweg) —; —; Schweine: Man zahle für 100 Pfd. lebend (oder 50 kg) mit 20 Proz. Tara: a) vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen 56; b) fleischige 53—55; c) gering entwickelte 48—52; d) Saugen 52. — Vom Rind u. auftriebswichtige 575 Stück unverkauft. — Der Käsehandel gestaltet sich langsam, gute, schwere Käber knapp, brachten Preise über Notiz. — Bei den Schafen fand etwa ein Drittel des Auftriebs Absatz. — Der Schweinemarkt verlief ruhig und wird voraussichtlich geräumt.

Kartoffelmarkt und Stärke.

Berlin, 22. Jan. Kartoffelmehl und -Stärke 24,00—24,50. Feuchte Stas. 14,40.

Magdeburg, 22. Januar. Prima Kartoffelstärke und -Mehl für 100 kg 25,50—25,75.

Wolle.

Bremen, 22. Jan. Baumwolle ruhig. Upl. loko midd 62 1/2, Fts.

London, 22. Jan. Chili-Küper stetig 62 1/2, 3 Monat 64 1/2, Zinn Straits stetig 124 1/2, 3 Monat 125 1/2, Buxier stetig 104 1/2, englisch 125. Zink, gewöhnliche Marke, ruhig, 21, spez. Marke 21 1/2.

London, 22. Jan. Silber per 100 Schilling in London 158. Glasgow, 22. Jan. (Mittag.) Rohesien fass, Middleborough warrants 47 1/2

Amerikanische Warenmärkte.

Kabelmeldung via Azoren-Emden.

New York	22.1.	21.1.
Weizen per Schaf.	077 1/2	077
per Mai	110 1/2	110
per Juli	70 1/2	70
per Sept.	68 1/2	68 1/2
per Okt.	66 1/2	66 1/2
per Nov.	65 1/2	65 1/2
per Dez.	64 1/2	64 1/2
per Jan.	63 1/2	63 1/2
per Feb.	62 1/2	62 1/2
per März	61 1/2	61 1/2
per April	60 1/2	60 1/2
per Mai	59 1/2	59 1/2
per Juni	58 1/2	58 1/2
per Juli	57 1/2	57 1/2
per August	56 1/2	56 1/2
per September	55 1/2	55 1/2
per Oktober	54 1/2	54 1/2
per November	53 1/2	53 1/2
per Dezember	52 1/2	52 1/2
per Januar	51 1/2	51 1/2
per Februar	50 1/2	50 1/2
per März	49 1/2	49 1/2
per April	48 1/2	48 1/2
per Mai	47 1/2	47 1/2
per Juni	46 1/2	46 1/2
per Juli	45 1/2	45 1/2
per August	44 1/2	44 1/2
per September	43 1/2	43 1/2
per Oktober	42 1/2	42 1/2
per November	41 1/2	41 1/2
per Dezember	40 1/2	40 1/2
per Januar	39 1/2	39 1/2
per Februar	38 1/2	38 1/2
per März	37 1/2	37 1/2
per April	36 1/2	36 1/2
per Mai	35 1/2	35 1/2
per Juni	34 1/2	34 1/2
per Juli	33 1/2	33 1/2
per August	32 1/2	32 1/2
per September	31 1/2	31 1/2
per Oktober	30 1/2	30 1/2
per November	29 1/2	29 1/2
per Dezember	28 1/2	28 1/2
per Januar	27 1/2	27 1/2
per Februar	26 1/2	26 1/2
per März	25 1/2	25 1/2
per April	24 1/2	24 1/2
per Mai	23 1/2	23 1/2
per Juni	22 1/2	22 1/2
per Juli	21 1/2	21 1/2
per August	20 1/2	20 1/2
per September	19 1/2	19 1/2
per Oktober	18 1/2	18 1/2
per November	17 1/2	17 1/2
per Dezember	16 1/2	16 1/2
per Januar	15 1/2	15 1/2
per Februar	14 1/2	14 1/2
per März	13 1/2	13 1/2
per April	12 1/2	12 1/2
per Mai	11 1/2	11 1/2
per Juni	10 1/2	10 1/2
per Juli	9 1/2	9 1/2
per August	8 1/2	8 1/2
per September	7 1/2	7 1/2
per Oktober	6 1/2	6 1/2
per November	5 1/2	5 1/2
per Dezember	4 1/2	4 1/2
per Januar	3 1/2	3 1/2
per Februar	2 1/2	2 1/2
per März	1 1/2	1 1/2
per April	1/2	1/2
per Mai	—	—
per Juni	—	—
per Juli	—	—
per August	—	—
per September	—	—
per Oktober	—	—
per November	—	—
per Dezember	—	—
per Januar	—	—
per Februar	—	—
per März	—	—
per April	—	—
per Mai	—	—
per Juni	—	—
per Juli	—	—
per August	—	—
per September	—	—
per Oktober	—	—
per November	—	—
per Dezember	—	—
per Januar	—	—
per Februar	—	—
per März	—	—
per April	—	—
per Mai	—	—
per Juni	—	—
per Juli	—	—
per August	—	—
per September	—	—
per Oktober	—	—
per November	—	—
per Dezember	—	—
per Januar	—	—
per Februar	—	—
per März	—	—
per April	—	—
per Mai	—	—
per Juni	—	—
per Juli	—	—
per August		